

99. Sitzung

am Dienstag, dem 24. Oktober 1961, 15 Uhr
in München

Geschäftliches	3013, 3014, 3039
Mandatsverzicht des Abg. Strohmayer wegen seiner Wahl in den Bundestag	3013
Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Hoegner, Wolff u. Frakt. betr. sofortige Bereitstellung von Planungsmitteln für den Wiederaufbau der Burg Trausnitz in Landshut (Beil. 2506)	
Beschluß	3014
Antrag der Abg. Dr. Hoegner u. Frakt. betr. Gesetz zur Ausführung des Art. 141 Abs. 2 und 3 Bayer. Verfassung (Beilage 2476) — Erste Lesung —	
Beschluß	3014
Dringlichkeitsantrag der Abg. Gabert, Fischer u. Frakt. betr. Gesetz über Weihnachtzuwendungen an Beamte und Versorgungsempfänger des Bayer. Staates (Beil. 2477) und Entwurf eines Gesetzes über die Weihnachtzuwendung 1961 (Weihnachtzuwendungsgesetz 1961) — Beil. 2504 — — Erste Lesung —	
Staatsminister Dr. Eberhard	3014
Beschluß	3015
Neuwahl berufsrichterlicher Mitglieder des Bayer. Verfassungsgerichtshofs	3015

Aussprache über die Haushaltsrede des Herrn Staatsministers der Finanzen

Gabert (SPD)	3015
Dr. Panholzer (BP)	3025
Dr. Pöhner (CSU)	3027
Dr. Wüllner (GDP)	3034
Vertagung der Aussprache	3039
Nächste Sitzung	3039

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 3 Minuten.

Präsident Hanauer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 99. Sitzung. Die Liste der entschuldigten Kollegen übergebe ich zu Protokoll.*)

Meine Damen und Herren! Sie sehen die Objektive von Filmkameras auf sich gerichtet, nicht zu dem Zweck, um im Rahmen der Haushaltsberatungen den Staatshaushalt auf Reserven zu durchleuchten, sondern zur Herstellung eines Teilschnittes eines Fernsehfilms mit dem Thema „Der Bund und die Länder“. Der Film wird auf Veranlassung des Bundespresseamtes hergestellt, das uns gebeten hat, diese Aufnahmen durch die Firma IFAG, Wiesbaden, zu gestatten. Es sollen Kurzaufnahmen von Bundestag und Bundesrat und von den Landtagen Nordrhein-Westfalen und Bayern gemacht werden. Die Aufnahmen finden in der heutigen Nachmittagssitzung statt. Die Väter der Geschäftsordnung haben angenommen, daß man diese Aufbauten und Beleuchtungsgeräte übersehen könnte. Deshalb bestimmt § 96 Absatz 2, daß der Präsident die Tatsache, daß Aufnahmen gemacht werden, der Vollversammlung zu Beginn der Sitzung mitteilt, was ich hiermit geschäftsmäßig getan haben möchte. Ich bitte um photogenes Verhalten, damit Sie nicht später einmal, wenn Sie im Ausland den Film sehen sollten, über sich selbst erschauern müssen; das möchte ich Ihnen ersparen.

Ich darf heute in unserer Mitte als Gast den Herrn Bundestagsabgeordneten **Strohmayer** begrüßen, und zwar deshalb, weil er vor fünf Minuten in rechtswirksamer Weise zu Protokoll des Präsidenten den Verzicht auf sein Mandat zugunsten des Bundestagsmandates ausgesprochen hat. Aber ich habe ihm gesagt, er möchte doch den Nachmittag noch in unserer Mitte verbringen, damit er uns nicht gar so schnell vergißt. Ich möchte das zum Anlaß nehmen, ihm für die siebenjährige Arbeit in unserer Mitte und die nette kameradschaftliche Art, mit der er uns begegnet ist, recht herzlich zu danken.

(Zuruf: Und Dr. Hoegner?)

* Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt oder beurlaubt die Abgeordneten Dr. Baumgartner, Böhm, Demeter, Kallenbach, Klughammer, Mergler, Muth, Dr. Pirkel, Dr. Raß, Dr. Reichstein, Schuster, Dr. Seidl, Seifert, Stenglein, Suttner und Dr. Zdrálek.

(Präsident Hanauer)

Den Herrn Bundestagsabgeordneten **Dr. Hoegner** besonders zu begrüßen, ist gar keine Veranlassung;

(Heiterkeit)

denn er ist nach wie vor einer der Unseren, und über dieser anderen Episode gehen wir mit gewohnter Loyalität zur Tagesordnung über.

(Zurufe: Und Hirsch?)

— Der Herr Bundestagsabgeordnete **Hirsch** hat sich noch nicht geäußert. Es ist nicht Aufgabe des Präsidenten, diese Entscheidung zu erzwingen. Bei mir liegt noch kein Verzicht vor, und er als vorsichtiger Jurist hält den Schwebezustand am längsten aus.

(Heiterkeit)

Er hält uns immer noch in dem Gefühl der Spannung, damit wir noch nicht wissen, was da herauskommt.

(Erneute Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei teilt mit Schreiben vom 20. Oktober mit, daß anstelle des Herrn Abgeordneten **Köglspurger** der Herr Abgeordnete Volkmar **Gabert** als Mitglied des Ältestenrats nominiert wird. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis. Als Vorsitzender des Ältestenrats begrüße ich das neue Mitglied.

Meine Damen und Herren! Mir ist heute früh ein **Dringlichkeitsantrag** der Sozialdemokratischen Fraktion vorgelegt worden. Ich nehme an, daß er Ihnen bereits vervielfältigt vorliegt. Er betrifft die Bereitstellung von Mitteln zum **Wiederaufbau der Burg Trausnitz**. Ich möchte um Ihre Zustimmung bitten, diesen Dringlichkeitsantrag außerhalb der Tagesordnung gemäß § 68 Absatz 2 der Geschäftsordnung gleich zu behandeln. Ich nehme an, daß das Wort dazu nicht gewünscht wird. — Ich würde dem Hohen Hause vorschlagen, diesen Dringlichkeitsantrag dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen zu überweisen. Damit besteht Einverständnis. —

Ich rufe dann auf den Punkt 1 a der Tagesordnung: **Erste Lesung des**

Antrags des Abgeordneten Dr. Hoegner und Fraktion betreffend Gesetz zur Ausführung des Artikels 141 Absatz 2 und 3 der Bayerischen Verfassung (Beilage 2476)

Wird dieser Gesetzentwurf von seiten der Antragsteller begründet? — Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die **Aussprache**. Die Aussprache ist geschlossen.

Meine Damen und Herren! Was die Überweisung dieses Initiativgesetzentwurfs an die Ausschüsse anlangt, so dürfte der Beratungsgegenstand eine Reihe von Ausschüssen nahelegen. Ich denke an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, an den Ausschuß für Landwirtschaft, vor allem aber an den Ausschuß für den Staatshaushalt und für Finanzfragen. Ich glaube aber, daß dieser Gesetz-

entwurf als eine Ausführung zu einer Verfassungsbestimmung federführend dem Ausschuß für Verfassungsfragen und Rechtsfragen zugewiesen werden sollte. Ich könnte mir vorstellen, daß Sie einverstanden sind, nachdem der Vater nicht nur des Artikels 141, sondern auch dieses Gesetzentwurfs im Ausschuß sitzt, daß dieser Ausschuß die Initiative ergreift, ohne daß gleich andere Ausschüsse eingeschaltet werden. Ich schlage Ihnen deshalb vor, diesen Gesetzentwurf dem Ausschuß für Verfassungsfragen und Rechtsfragen zu überweisen, um vor allem die Rechtsfragen, die in diesem Gesetzentwurf stecken, zu klären. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich komme zum Punkt 1 b der Tagesordnung: **Erste Lesung zum**

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gabert, Fischer und Fraktion betreffend Gesetz über Weihnachtzuwendungen an Beamte und Versorgungsempfänger des Bayerischen Staates (Beilage 2477)

Inzwischen liegt Ihnen vervielfältigt vor der

Entwurf eines Gesetzes über die Weihnachtzuwendung 1961 (Weihnachtzuwendungsgesetz 1961) — Beilage 2504 —,

ein Entwurf der Staatsregierung. Ich werde die beiden Gesetzentwürfe, die das gleiche Ziel zum Thema haben, einheitlich behandeln. Wird seitens der Antragsteller, also der Initiativantragsteller oder der Staatsregierung, das Wort zur Begründung der Gesetzentwürfe gewünscht? — Der Herr Staatsminister der Finanzen hat das Wort.

Staatsminister Dr. Eberhard: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus! Ich bitte nur darum, daß die drei beteiligten Ausschüsse, nämlich der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuß für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung und der Ausschuß für Verfassungsfragen und Rechtsfragen, nach Möglichkeit noch am Donnerstag und Freitag dieser Woche in die Beratung der beiden Gesetzentwürfe eintreten können, damit die Verabschiedung in zweiter und dritter Lesung in den Plenarsitzungen vom 7. November ab erfolgen kann. Nur dann wäre eine fristgerechte Auszahlung durch die Kassen vor Weihnachten gewährleistet.

Präsident Hanauer: Meine Damen und Herren! Sie haben den Wunsch des Herrn Finanzministers gehört. Ich hörte zustimmende Zurufe aus dem Munde des Herrn stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen. Wenn ich mir das Tempo vor Augen halte, in dem sonst die Beratung derartiger Gesetze in der Vergangenheit vorgenommen wurde, dann zweifle ich nicht daran, daß diese Gesetzentwürfe fristgemäß dem Plenum zur Verabschiedung wieder zugeleitet werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Aussprache und schlage

(Präsident Hanauer)

vor, die beiden Gesetzentwürfe dem Ausschuß für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung, dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen und dem Ausschuß für Verfassungsfragen und Rechtsfragen zu überweisen. — Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe auf Punkt 2 der Tagesordnung:

Neuwahl berufsrichterlicher Mitglieder des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

Die Vorlage liegt Ihnen vervielfältigt auf Ihrem Pult vor.

Mit Schreiben vom 31. August 1961 teilt der Herr Ministerpräsident mit, daß der Herr Senatspräsident Felix Brandl infolge Eintritts in den Ruhestand als berufsrichterliches Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs ausgeschieden ist. Im Einvernehmen mit dem Herrn Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs schlägt der Herr Ministerpräsident den Oberverwaltungsgerichtsrat Ludwig Hefele und den Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Ernst Oestreicher als neue berufsrichterliche Verfassungsrichter vor. Wegen der erheblichen Geschäftslast soll durch die Wahl zweier Mitglieder für den einen ausscheidenden die Zahl der zur Verfügung stehenden berufsrichterlichen Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs erhöht werden. In dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten vom 31. August 1961 ist auch auf die Zulässigkeit dieser Ausdehnung der Zahl der Sitze hingewiesen. Ich verlese den Satz im Wortlaut:

Wie der Herr Präsident des Verfassungsgerichtshofs mitteilt, läßt es die erhebliche Geschäftslast als angezeigt erscheinen, unter Erweiterung der Liste der Berufsrichter im Sinne des § 4 der Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofs für den Freistaat Bayern vom 24. Mai 1948 (BayBS I S. 29) die Zahl der zur Verfügung stehenden berufsrichterlichen Mitarbeiter des Verfassungsgerichtshofs zu vermehren.

Der Übung des Hohen Hauses entsprechend, schlage ich vor, die Wahl der beiden berufsrichterlichen Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs in einfacher Form vorzunehmen. Angesichts der Bedeutung dieser Wahl bitte ich, über jeden der beiden Herren einzeln abstimmen zu wollen. Die beiden Vorgesprochenen erfüllen das im § 5 des Verfassungsgerichtshofgesetzes vorgeschriebene Mindestalter von 40 Jahren. Die Personalien der beiden Herren gingen den Fraktionen rechtzeitig zu.

Wer der Wahl des Herrn Oberverwaltungsgerichtsrats Ludwig Hefele die Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmig gewählt.

Ich darf in gleicher Weise Herrn Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Ernst Oestreicher zur Wahl stellen. Wer dieser Wahl die Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu er-

heben. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Ebenfalls einstimmig gewählt.

Meine Damen und Herren! Wir kommen damit zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Aussprache über die Haushaltsrede des Herrn Staatsministers der Finanzen.

Der Ältestenrat empfiehlt, für Opposition und Koalition als Redezeit je zweieinhalb Stunden festzulegen. Ich habe dem Hohen Haus diesen Beschluß bereits das letzte Mal bekanntgegeben. Ich stelle das Einverständnis damit fest.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Gabert gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Gabert (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Staatsminister der Finanzen hat in seiner Rede bereits darauf hingewiesen, daß dies nun der letzte Gesamthaushalt dieser Legislaturperiode sei, den er vertritt. Ich sage absichtlich Gesamthaushalt. Die Regierung hat zwar schon davon gesprochen, daß ein Ergänzungshaushalt vorgelegt wird, aber es würde mich nicht wundern, wenn aus dem Ergänzungshaushalt vielleicht doch Anfang oder Mitte des Jahres 1962 ein Nachtragshaushalt würde. Dann allerdings wäre es die Aufgabe des Herrn Finanzministers, noch einmal einen Haushalt hier zu vertreten.

Der Herr Finanzminister hat zweifellos das Glück, die Verantwortung in einer Zeit zu tragen, wo man den Voranschlag dieses Haushalts mit der Überschrift „**Haushaltsplan der vollen Kassen**“ versehen kann. Er hat einmal, als er noch allein der Herr Abgeordnete Eberhard ohne Ministeramt war, seinen Vorgänger „Friedrich mit der leeren Tasche“ genannt. Wenn ich mir einmal das Volumen des Ordentlichen Haushalts in den Jahren von 1951 bis 1957 ins Gedächtnis zurückrufe, so war er nicht der „Friedrich mit der leeren Tasche“ — es war schon was drin —, aber im Verhältnis zu der vollen Tasche des „Rudolf“ von heute hat sich viel geändert. Vielleicht ist es ganz interessant, wenn wir uns diese Zahlen einmal vor Augen führen:

1951 war das Volumen des **Ordentlichen Haushalts** ungefähr 2,2 Milliarden DM. Dann stieg das Volumen bis 1957 — wo bekanntlich der Regierungswechsel hier stattfand — auf 3,2 Milliarden DM. In sieben Jahren hat sich also der Ordentliche Haushalt um 1 Milliarde DM erhöht. Wenn ich nun die Zahlen von 1958 bis 1962 — den Entwurf mit einbezogen — hernehme, so ist das Volumen des Ordentlichen Haushalts 1958 3,5 Milliarden, und Sie wissen, daß im Haushaltsentwurf 1962 der Ordentliche Haushalt mit einem Volumen von 5,8 Milliarden DM zu Buche steht; also von 1957 bis 1962 eine Erhöhung um 2,6 Milliarden DM. Es ist also in dieser relativ kurzen Zeit im Verhältnis zu den vorhergehenden sieben Jahren eine wesentliche Erhöhung des Gesamtvolumens des Ordentlichen Haushalts erfolgt. Man kann zweifellos sagen, es

(Gabert [SPD])

ist besser und leichter, in einer solchen Periode Finanzminister zu sein, als wenn das Volumen geringer ist.

(Zuruf von der SPD: Das waren halt die sieben fetten Jahre!)

— Selbstverständlich! Die Wirtschaft hat sich günstig entwickelt. Ein Beamter des Finanzministeriums sagte mir: Wir tun uns viel leichter, wenn wir nicht soviel Geld haben. Ich kann das gut verstehen. Denn es ist viel einfacher, zu sagen: Es geht eben nicht mehr, weil wir kein Geld haben. Das sticht aber heute nicht mehr, Herr Finanzminister! Und deswegen tun Sie sich wohl etwas schwerer, zu manchen berechtigten Anliegen, die hier im Hohen Hause und außerhalb des Hohen Hauses vorgetragen werden, einfach nein zu sagen.

Meine Damen und Herren! Ich wollte Ihnen einmal diese Entwicklung der Haushaltlage seit 1951 ins Gedächtnis zurückerufen, weil ich glaube, daß dies sehr bedeutsam ist. Wir sind einig mit dem Herrn Finanzminister, daß wir als Landtag — ich glaube, darüber sind sich Opposition und Koalition vollkommen einig — die **Behandlung des Entwurfs** des Staatshaushalts im Ausschuß und im Plenum **möglichst zügig** durchführen wollen, worunter selbstverständlich die Gründlichkeit nicht leiden darf. Dazu darf ich mir eine Bemerkung gestatten. Vom Landtag ist diese Bereitschaft zum Ausdruck gebracht. Ich möchte bitten, daß das gleiche — die Bereitschaft ist selbstverständlich da — von der Staatsregierung in der Weise kommt, daß die geplanten Beratungen des Ausschusses für den Staatshaushalt nur in den dringendsten Fällen dadurch aufgehalten werden, daß Staatsminister oder Staatssekretär irgend etwas auswärts zu tun haben. Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, im Kabinett ganz klar zu machen, daß in diesen nächsten Monaten die Behandlung des Staatshaushalts zu den wichtigsten Aufgaben auch der Kabinettsmitglieder gehört. Ich sage das absichtlich, nicht deswegen, Herr Ministerpräsident, weil Sie mich darum gebeten haben,

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Ehard)

sondern weil ich von meinem verehrten Herrn Kollegen Winkler weiß, daß gerade bei den letzten Haushaltsberatungen die Planungen des Ausschusses des öfteren dadurch durcheinanderkamen, daß ganz knapp vorher ein Anruf kam: Ich kann heute nicht kommen, ich muß zu irgendeiner wichtigen Konferenz. Ich nehme selbstverständlich an, daß die Konferenz ganz wichtig, brennend wichtig war. Aber auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, ist es richtig, daß jetzt in den nächsten Wochen — ich möchte einmal Wochen sagen — die Beratung des Staatshaushalts im Parlament mit die wichtigste Aufgabe der Kabinettsmitglieder sein wird. Ich weiß mich auch mit dem Herrn Finanzminister und mit dem Herrn Ministerpräsidenten darin einig. Das wollte ich über die Behandlung des Haushalts hier im Parlament ganz

kurz sagen. Wir beginnen ja bereits am Donnerstag im Haushaltsausschuß mit den ersten Einzelplänen, und ich hoffe, daß wir dann zügig vorankommen.

Nun einige Bemerkungen zur **Entwicklung des Haushalts 1961**. Wir haben für 1961 praktisch zweimal Haushaltsberatungen gehabt, nämlich bereits 1960 den Stammhaushalt 1961 und 1961 und dann den Nachtragshaushalt 1961. Wir haben damals schon zum Ausdruck gebracht, daß die Steuerschätzungen wahrscheinlich erreicht werden können und daß bei einigen Steuern mit einer **Mehreinnahme** zu rechnen ist. Allerdings — das wollen wir offen zugeben — hat keiner von uns mit einer solchen Mehreinnahme gerechnet, wie sie jetzt in der Rede des Herrn Finanzministers in Aussicht gestellt wird; der Abschluß für 1961 liegt ja noch nicht vor.

Der Landtag hat bereits beschlossen, in welcher Weise diese Mehreinnahme des Haushalts 1961 Verwendung finden soll. In erster Linie soll sie dem Außerordentlichen Haushalt zugeführt werden. Dann soll sie dazu verwendet werden, vorzeitig Schulden abzutilgen, und dazu, die Ausgleichsrücklage aufzufüllen. Ich möchte sagen, daß mir insbesondere die letzte Zielsetzung, nämlich die **Ausgleichsrücklage** aufzufüllen, äußerst sympathisch ist, weil sie nach meiner Auffassung eine der wenigen Maßnahmen ist, die konjunkturpolitisch wirklich von Bedeutung sind. Die vorzeitige Schuldentilgung und die Speisung des Außerordentlichen Haushalts aus ordentlichen Mitteln sind für den Staat zweifellos sehr angenehm, aber konjunkturpolitisch ist es doch so, daß die nicht benötigten Anleihemittel frei werden, auf den Kapitalmarkt zurückfließen und selbstverständlich von der Wirtschaft anderweitig in Anspruch genommen werden.

Eines ist sicher, nämlich, daß eine große **Beweglichkeit innerhalb des Haushalts** vorhanden ist und daß diesmal für 1962 das Argument der „Diktatur der leeren Kassen“ bei politisch bedeutsamen Anträgen überhaupt nicht ins Gewicht fallen und auch nicht angeführt werden kann.

Die **Verschuldung des Freistaats Bayern** hat der Herr Staatsminister der Finanzen gegen Schluß seiner Ausführungen, bevor er zum kommunalen Finanzausgleich kam, etwas besorgniserregend vorgetragen. Hierin kann ich ihm nicht ganz folgen. Die Verschuldung ist nicht so besorgniserregend. Wenn ich mir den Entwurf des Haushalts 1962 anschau, sehe ich, daß für den Zinsendienst 132,4 Millionen DM eingesetzt sind, während das Gesamtvolumen etwa 6 Milliarden DM beträgt. Wenn man sich demgegenüber überlegt, was mit dieser zwangsläufigen Verschuldung in den vergangenen Jahren alles an Aufbauleistung geschaffen werden konnte, kann man zweifellos nicht davon sprechen, daß diese Verschuldung beunruhigend wäre. Ich sage das deswegen, weil ich der Auffassung bin, daß man jetzt, wo die Kassen so voll sind, bestimmte Probleme anpacken kann, die von uns allen gemeinsam schon lange gefordert worden sind, die aber niemals in dem Maß angepackt werden

(Gabert [SPD])

konnten, weil einfach die Mittel nicht da waren. Jetzt sind die Mittel vorhanden, und ich glaube, daß man jetzt, wo man die wirtschaftliche Entwicklung für das nächste Jahr einigermaßen sehen kann — auf die Dauer können wir nicht voraussagen, wie die Dinge weitergehen —, für diese gemeinsamen Probleme sogar noch etwas mehr tun sollte als im Entwurf des Staatshaushalts bereits steht.

Gestatten Sie mir noch einige Ausführungen zum Problem **Bund und Länder**. Der Herr Staatssekretär Hettlage hat die Diskussion darüber, ob die Länder sehr reich wären und der Bund sehr arm wäre, entfacht. Ich sage deswegen etwas zu dieser Diskussion, weil es mir scheint, daß dies eine psychologische Vorbereitung für einen Vorstoß des Bundes auf das Finanzverfassungsgesetz sein soll. Ich darf da einen Zeugen aufrufen, der sicherlich etwas unverdächtiger erscheint, als es ein Sozialdemokrat sein würde, nämlich den baden-württembergischen Finanzminister Müller in seiner Haushaltsrede, aber auch den bayerischen Finanzminister Eberhard, der in einem Artikel im „Münchner Merkur“ ebenfalls zu diesem Problem Stellung genommen hat, und den Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen — ebenfalls ein unverdächtiger Zeuge —, der sich gleichfalls mit diesem Problem beschäftigt hat. Alle kommen mit dem zur Verfügung stehenden Zahlenmaterial zu dem Schluß, daß der Bund ungefähr in gleicher Weise an der Aufwärtsentwicklung der Einnahmen teilgenommen hat wie alle Länder zusammen — im Gegenteil, die Zahlen zeigen ganz klar, daß die Aufwärtsentwicklung auf der Einnahmenseite beim Bund sogar noch größer gewesen ist, als das bei den Ländern der Fall war.

Ich darf Ihnen nur drei Zahlen nennen: z. B. betrug das Gesamtsteueraufkommen im Jahre 1958 ca. 43,9 Milliarden; davon entfielen auf den Bund 28,9 Milliarden und auf die Länder 14,9 Milliarden. 1959 Gesamtaufkommen ca. 49,7 Milliarden; davon bekam der Bund 32,5 Milliarden und die Länder 17,1 Milliarden. Sie sehen, daß der Bund sogar eine Milliarde mehr an Einnahmen in diesem Rechnungsjahr zu verzeichnen hatte als alle Länder zusammen. Im Kalenderjahr 1960 ist ungefähr die gleiche Entwicklung festzustellen: Die Gesamteinnahmen betragen 56,2 Milliarden; hiervon entfallen auf den Bund 36,1 Milliarden und auf die Länder 20,1 Milliarden. Auch hier also eine vollkommen ähnliche Entwicklung, so daß die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Hettlage wirklich bloß als eine propagandistische Vorbereitung gewisser Maßnahmen, die vom Bunde her schon lange diskutiert worden sind, zu verstehen sind.

Dazu kommt noch — und es erscheint mir wichtig, das noch einmal vor der Öffentlichkeit festzustellen —, daß der Bund 1958 sogar 2,1 Milliarden DM weniger ausgeben mußte, als veranschlagt war, und daß er deswegen die Anleihe von 1,8 Milliarden DM, die gezeichnet werden sollte, aus Haus-

haltungsmitteln, also aus Einnahmen des Ordentlichen Haushalts, decken konnte und darüber hinaus sogar noch ungefähr 1,6 Milliarden DM an den Außerordentlichen Haushalt zur Finanzierung dieser Aufgaben abgeführt hat.

1959 war die Entwicklung beim Bund zwar etwas schlechter; aber das kam auch davon, daß bestimmte einmalige, vordringliche Verpflichtungen auf ihn zukamen. Trotzdem hat der Bund auch damals einen großen Teil seines Außerordentlichen Haushalts aus ordentlichen Einnahmen decken können, also keine Anleihen aufzunehmen brauchen. Und im Kalenderjahr 1960 ist beim Bundeshaushalt in den Abschlußzahlen, wenn wir auf das Kalenderjahr umrechnen, wieder eine Mehreinnahme von ungefähr 594 Millionen DM zu verzeichnen, also ein Überschuß von 594 Millionen DM. Dazu kommen Ausgabenreste im Jahre 1958 in Höhe von 9,2 Milliarden DM, die 1960 immer noch 5,4 Milliarden DM betragen.

Ich glaube, diese Zahlen zeigen ganz klar, daß die Entwicklung der Einnahmen beim Bund mindestens genauso — im Gegenteil, nach den Zahlen sogar besser — ist, als das bei den Ländern der Fall ist. Gerade deswegen erscheint es mir berechtigt, zu sagen, daß diese Bemerkungen des Herrn Staatssekretärs Hettlage vollkommen falsch sind und daß er von dieser Seite an die Finanzverfassung nicht herankommen kann. Wir kennen den neuen Bundesfinanzminister noch nicht. In Bonn dauert's etwas länger. Wir haben heute aus den Nachrichten erfahren, daß in dieser Woche der neue Bundeskanzler — der steht jedenfalls fest — wahrscheinlich noch nicht gewählt wird. Aber das Sonstige wissen wir noch nicht. Er steht auch noch nicht fest. Aber nach den Beispielen des Umfallens, die wir in der letzten Zeit bekommen haben, scheint der Bundeskanzler festzustehen. Nun, meine Damen und Herren, weil wir den neuen Bundesfinanzminister noch nicht kennen, wissen wir auch nicht, was auf diesem Gebiet letzten Endes noch auf uns zukommen wird.

Ich darf, weil wir beim Verhältnis zwischen Bund und Ländern sind, gleich die Frage der **Ausgleichsforderungen** ganz kurz behandeln. Der Herr Finanzminister hat hier einen Appell an die Sozialdemokratische Fraktion — nicht an den Bayerischen Landtag, sondern an die Sozialdemokraten hier allgemein — gerichtet und gesagt, man sollte doch die ablehnende Haltung zu dem Vergleichsvorschlag, der zwischen den Finanzministern und dem Bundesfinanzministerium ausgearbeitet worden ist, aufgeben und ihm zustimmen. Sie können sich noch gut erinnern, daß dieser Vergleichsvorschlag sehr hart diskutiert worden ist. Wir haben ihn hier diskutiert; er ist in den anderen Länderparlamenten und auch in der Finanzministerkonferenz diskutiert worden. Ich glaube, der Vergleich ist zweifellos ein diskutabler Vorschlag, aber, meine Damen und Herren, die Sozialdemokratische Fraktion und auch die Sozialdemokratische Partei als Gesamtpartei hat Bedenken, wegen dieses Vergleichs von Seiten der Länder auf alle Ansprüche, die nach Artikel 120 des Grundgesetzes bestehen,

(Gabert [SPD])

zu verzichten. Meine Damen und Herren, wir wissen noch nicht — ich setze ein großes Fragezeichen hin —, was endgültig an Kriegsfolgelasten auf uns zukommt. Ich glaube, es wäre deswegen schon zu überlegen, ob die Länder wegen dieses Vergleichs mit allem, was darin eingepackt ist, von sich aus auf die Bestimmungen des Artikels 120 des Grundgesetzes verzichten sollen. Der Herr Finanzminister hat davon gesprochen, daß man hier einige Mißverständnisse ausräumen und nach dieser Aufklärung vielleicht doch einen Weg finden wird, zuzustimmen. Nun, Herr Finanzminister, wir warten auf diese Aufklärung. Sie wissen ja, daß die Sperrminorität der deutschen Sozialdemokratie im Bundestag Gott sei Dank gestiegen ist, und wir sind sehr froh darüber, daß wir in der Lage sind, doch noch Dinge zu bestimmen und zu verhindern, wenn es notwendig ist. Das waren einmal zwei Gedankengänge zum Verhältnis Bund und Länder, die mir in der Betrachtung dieses Verhältnisses wichtig erscheinen.

Nun zum Haushalt 1962! Der bayerische Staatshaushalt erreicht jetzt die **6-Milliarden-Grenze**. Ich erinnere mich noch daran, als unser leider erkrankter Kollege Winkler im Haushaltsausschuß sehr ängstlich sagte: Um Gottes willen, keine Anträge mehr; sonst wird die 4-Milliarden-Grenze überschritten! Später waren es 5 Milliarden, und die Koalitionsfraktionen mußten sich unter das Joch beugen; es ging einfach nicht mehr. Herr Kollege Winkler sagte dann: Es ist unmöglich; wir können es uns nicht leisten. — Jawohl, Frau Kollegin Nägelsbach, Sie waren eine von denen, die sich beugen mußten.

(Heiterkeit)

Wir haben es im Haushaltsausschuß erlebt, wie Sie, nicht gerade freundlich Ihrer eigenen Fraktion gegenüber gestimmt, aus dem Saal gegangen sind. Es handelte sich oft nur um kleine Beträge, und man sagte, man müßte am Haushaltsansatz festhalten, weil man dieses ständige Wachstum des Haushalts gar nicht mehr verantworten könne.

Nun, meine Damen und Herren, ich gehöre nicht zu denen, die unbedingt jubilierten, wenn das Haushaltsvolumen immer größer wird, weil ich die volkswirtschaftlichen Probleme, die damit zusammenhängen, keinesfalls unterschätze. Auf der anderen Seite aber haben wir eben heute ein Volumen von über 6 Milliarden und wir haben allein von 1961 auf 1962 eine Erhöhung um 1 Milliarde DM. Das ist zweifellos eine Art Rekordvolumen von allen Haushalten, die wir bis jetzt zu beraten hatten. Nun, das war für uns nichts Neues. Da der Senat die Haushaltspläne schon vor uns berät, haben wir bereits in den Zeitungen lesen können, wie die Einzelpläne ausgestattet sind.

Nun zu den **Personalausgaben**, dem ersten Punkt, den der Herr Finanzminister bei der Betrachtung des Haushalts herausgegriffen hat. Ich würde warnen, die Entwicklung der Personalausgaben nach reinen Prozentzahlen zu sehen;

(Sehr richtig!)

denn bei einem so sprunghaften Wachstum des Gesamtvolumens müssen wir die absoluten Zahlen sehen. Nur wenn wir die absoluten Zahlen, nämlich die Ausgaben für den einzelnen Zweck, sehen, können wir uns ein wenig ein Bild von der wirklichen Entwicklung machen. Aber was mich besonders interessiert — und das werden Sie mir nicht übel nehmen —, ist, einige Betrachtungen über den **Stellenstop** anzustellen. Es ging damals ein bißchen stürmisch in diesem Hohen Hause her, als die Frage des Stellenstops behandelt wurde. Ich habe damals gesagt, erstens einmal kann man ihn nicht durchhalten und zweitens werden wir erleben, daß dann, wenn der Stellenstop praktisch aufgehoben wird, das Doppelte an Stellen genehmigt werden muß. Nun, meine Damen und Herren, was ist eingetreten? Zweifellos ist — das ist richtig — eine Verschiebung dieser Belastung um ungefähr ein Jahr erreicht worden. Ich habe bei der Beratung des Nachtragshaushalts 1961 von dieser Stelle aus darauf hingewiesen, daß man, weil man einfach aus Prestige Gründen eine Stellenmehrung nicht zugeben wollte, durch Hintertürchen Stellen in die Globalansätze hineingesetzt hat, die im Stellenplan hätten ausgebracht werden müssen. Wir haben vorausgesagt, man kann bei den Universitäten, in der Kulturpolitik auf diese Zeit hinaus einfach keinen Stellenstop verfügen, sondern man muß hier beweglich bleiben. Das ist richtig und hat sich bewahrt. Nun die Zahlen! 1959 — wenn ich einmal den Haushalt vor dem Doppelhaushalt anschau — hatten wir eine Mehrung um 2146 Stellen. Im Haushaltsentwurf 1962 sind — bis jetzt, sage ich; denn es kommen noch einige Wünsche, und ich weiß nicht, ob die feste Disziplin der Koalitionsparteien immer so sein wird, wie sie in der letzten Zeit gewesen ist —,

(Abg. Dr. Heubl: Ausprobiert!)

— werden wir schauen! — 4900 neue Stellen. Das ist mehr als das Doppelte, wenn ich es mit dem letzten Haushalt vor dem Doppelhaushalt vergleiche. Das ist genau die Konsequenz, die ich voraus sagte: Wenn wir jetzt stoppen, dann werden wir, wenn wir die Dinge wieder freigeben, eben das Doppelte geben müssen. Der Finanzminister und die Staatsregierung mußten von sich aus sagen, daß das, was sie vorschlugen, notwendig wäre, und daß auch die Stellenhebungen notwendig sind, über 8000, die vorgeschlagen worden sind. Ich bin der Auffassung, daß das richtig ist; denn gerade auf dem Gebiet der alles umfassenden Kulturpolitik ist es eben einfach notwendig, daß wir auch die Stellen schaffen, damit die Voraussetzungen für die Arbeit vorhanden sind. Sie sehen also, daß unsere Betrachtungen bei der Debatte um den Stellenstop gar nicht so von der Hand zu weisen waren, sondern daß sich die Argumente als richtig herausstellten. Dazu kommt noch, daß der Finanzminister eine Novellierung des Bayerischen Beamten- und Besoldungsgesetzes angekündigt hat. Das werden wir wahrscheinlich im Jahr 1962 bekommen.

Und jetzt haben wir gerade gehört, daß die Ausschüsse wahrscheinlich schon am Donnerstag die Frage der **Weihnachtsgratifikation für die Be-**

(Gabert [SPD])

amten behandeln werden. Ich freue mich, daß die Staatsregierung, nachdem der Gesetzentwurf der Sozialdemokratischen Fraktion bereits eingereicht war, nun einen gleichlautenden Gesetzentwurf, wie ich erfahren habe, von sich aus eingereicht hat.

(Heiterkeit bei der BP)

Ich glaube, es ist gut, wenn endlich einmal die Debatte, die jedes Jahr wiedergekehrt ist, zu einer Regelung führt, und ich hoffe, daß Bundestag und Bundesregierung sich dieser Regelung nicht verschließen. Wir müssen endlich so weit kommen, daß Länderbeamte und Bundesbeamte in dieser Frage gleichmäßig behandelt werden. Es wäre sehr schlecht, wenn Bundestag und Bundesregierung die Bundesbeamten ausschließen würden.

(Abg. Dr. Heubl: Steht doch heute schon in der Zeitung, daß die Bundesregierung es auch macht!)

— Die Bundesregierung macht es auch, Sie sehen, ich habe die Zeitung noch gar nicht gelesen. Aber nachdem wir nicht wissen, wann die neue Bundesregierung antritt, kann man nicht genau sagen, was in Bonn passiert.

(Abg. Dr. Merk: Ihr wäret froh, wenn es noch lange dauern würde!)

Die Finanzministerkonferenz hat sich dieser Regelung auch angeschlossen und alle Länder werden sie übernehmen. Wenn der Bund es auch tut, wäre zweifellos ein Schlußpunkt unter eine Debatte gesetzt, die nicht immer zu den besten Debatten im Bayerischen Landtag gehört hat. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die wir feststellen können.

Wenn wir die übrige Ausgabenseite des Haushaltsentwurfs 1962 noch etwas unter die Lupe nehmen, die — worauf der Herr Präsident schon hingewiesen hat — diesmal durch die Scheinwerfer eine Verstärkung erhalten hat, so können wir feststellen, daß die **Schwerpunktbildung** im Haushalt in wesentlichen Punkten der Schwerpunktbildung entspricht, wie sie sich die Sozialdemokratische Fraktion seit Jahren bereits vorgestellt hat. Allerdings bleibt eine Reihe von Punkten, wo wir der Auffassung sind, daß noch mehr getan werden muß.

(Abg. Dr. Merk: Wie immer!)

— Herr Kollege Dr. Merk, Sie waren noch nicht in der Opposition, die haben Sie noch nicht mitgemacht, aber es kann noch kommen.

(Heiterkeit)

— Man soll in der Politik niemals „niemals“ sagen

(Abg. Dr. Heubl: Aber auch nicht prophezeien, beides nicht!)

— Man soll niemals „niemals“ sagen.

(Abg. Dr. Held: Auch nicht in Bonn!)

— Auch nicht in Bonn. Der Herr Minister hat gesagt, von Bonn kommt kein Segen. Das kann ich unterstreichen.

(Heiterkeit)

Ich komme noch darauf. Ich zitiere Ihnen noch aus seiner Rede, es war eine sehr schöne Formulierung.

Meine Damen und Herren! Weil ich gerade bei den Schwerpunkten bin, so bitte ich doch den Herrn Finanzminister, seiner „**Christlich-Sozialen Correspondenz**“ einmal den Rechenstift ein bißchen beizubringen. Ich habe die Correspondenz von heute in der Hand und kann nicht annehmen, daß der Herr Finanzminister sie vorher gesehen hat, sonst wären manche der maßgeblichen Fehler darin nicht enthalten.

(Zuruf des Abg. Dr. Heubl)

— Ja, Herr Kollege Dr. Heubl, die Korrespondenzen haben es in sich.

(Abg. Dr. Heubl: Das ist eine Erkenntnis auch für die SPD!)

Aber der Herr Minister sollte sich die Mühe machen, auch dem Fraktionsvorsitzenden der CSU einmal die Dinge nachzurechnen. Ich möchte da einmal einen gelinden Ausdruck gebrauchen. Es ist ein Irreführen der Öffentlichkeit, wie hier zu dem Schwerpunktprogramm der Sozialdemokratischen Partei mit glatten Rechenfehlern Stellung genommen wird. Die Darstellung muß von jemandem geschrieben worden sein, der zum mindesten Kapitel und Titel des Haushaltsplans nicht genau kennt.

(Abg. Dr. Oechsle: Rechnen ist Glückssache!)

Ich möchte bitten, daß man das überarbeitet. Man hat Pech damit gehabt. Ich will auf Einzelheiten nicht näher eingehen, aber eine „Christlich-Soziale Correspondenz“ sollte es in diesen Dingen ganz besonders genau nehmen.

(Abg. Dr. Heubl: Das gilt für die Sozialdemokratie ebenso!)

Da gibt es nämlich verschiedene Dinge, die dort sehr verbindlich sein sollen.

(Abg. Dr. Merk: Bei Ihnen wohl nicht!)

— Doch, sehr verbindlich sein sollen, habe ich gesagt.

Ich möchte dann zum nächsten Schwerpunkt kommen, zu Fragen der **Kulturpolitik**, wo wir, meine Damen und Herren von der CSU, uns zweifellos in wesentlichen Punkten begegnen. Es ist gut so, wenn Opposition und Regierungsparteien in ihrer Schwerpunktbildung die gleiche Richtung nach außen und innen vertreten. Der Herr Kultusminister ist einige Male vom Herrn Finanzminister angesprochen worden. Der Herr Finanzminister hat seinen Kulturtag gehabt, wie er seine Rede hielt, und ich möchte sagen, der Herr Kultusminister versteht es glänzend, der Entwicklung immer nicht nur zu folgen, sondern sogar ein kleines Schrittchen vorauszuweichen. Ich kann mich erinnern, daß der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus in diesem Hohen Hause und in den Ausschüssen sehr gewichtige Argumente gegen die **Gründung einer**

(Gabert [SPD])

Universität in Regensburg vorgebracht hat. Vor der Presse sagte er: Unmöglich, nichts zu machen! Aber ich glaube, er hatte genaue Informationen, was die CSU-Fraktion beschließen würde; denn er brachte ein Gutachten mit, daß die Universität in Regensburg notwendig wird.

(Heiterkeit)

Das nenne ich ein schnelles Schalten des Herrn Kultusministers. Wir sind das von ihm so in etwa gewohnt. Wir haben nun aus der Presse erfahren, daß sich die CSU-Fraktion in ihrer Mehrheit

(Zuruf von der CSU: Einstimmig!)

— einstimmig sogar, glänzend, ich war nicht dort, ich kann nur Zeitung lesen — für die Neugründung in Regensburg ausgesprochen hat. Es haben nun also alle Parteien zum Ausdruck gebracht, die Regierung solle sich bemühen, daß die nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für Süddeutschland angeregte Universität nach Bayern kommt, und zwar in Regensburg gegründet wird, wobei der Ausbau der bestehenden Universitäten nicht leiden darf. Ich glaube, meine Damen und Herren, das ist der gleiche Beschluß, den auch die Christlich-Soziale Union gefaßt hat. Und ich bin der Meinung, bei der gegenwärtigen Finanzlage ist es keine Unmöglichkeit, im Gegenteil, man kann diese Dinge tun.

(Abg. Drexler: Technische Hochschule Nürnberg!)

— Die Technische Hochschule Nürnberg ist ebenfalls zur Diskussion gestellt worden, und zwar war zunächst einmal von einer „Technischen Fakultät“ die Rede; auch ein Antrag, der von Ihnen mit unterschrieben worden ist

(Zuruf des Abg. Drexler)

— und sogar gestellt worden ist, wenn ich mich richtig erinnere, Herr Kollege Drexler! Ich glaube also, daß auch diese Entwicklung vorangeht.

Nun, wenn ich die vielen Lehrstühle betrachte, die hier bei den Universitäten neu geschaffen werden sollen, so habe ich an den Herrn Kultusminister die Bitte, er wolle sich mit dafür einsetzen, daß man an einer bayerischen Universität einen Lehrstuhl für die Geschichte, aber auch für die gegenwärtige Entwicklung in den sogenannten Entwicklungsländern schafft; denn ich glaube, das fehlt uns sehr. Wir brauchen einen solchen Lehrstuhl, um die Entwicklungshelfer, die von allen Fraktionen in allen Ländern und im Bundestag gefordert werden, erst einmal mit dem für ihre Aufgabe notwendigen Rüstzeug zu versehen, damit sie in den betreffenden Ländern das auch tun können, was sie als Entwicklungshelfer tun sollen. Ich glaube, die Mittel für einen solchen Lehrstuhl wären sehr gut angelegt und wir könnten uns durch eine gute Vorbereitung der Entwicklungshilfe vielleicht auch manche Gelder sparen. Wir sollten schnell handeln; denn die besten Leute auf diesem Gebiet werden zur Zeit alle nach Amerika geholt und erhalten an den dortigen Universitäten solche

Lehrstühle. Ich glaube deswegen, Herr Minister, daß wir uns auch in Bayern bemühen sollten, unter den 70 Lehrstühlen einen solchen Lehrstuhl zu schaffen.

Über das Schulfinanzierungsgesetz möchte ich heute wenig sagen; denn sein Entwurf liegt uns noch nicht vor. Auch der Senat berät ihn noch nicht, weil er zur Zeit mit den Haushaltsberatungen beschäftigt ist. Wenn uns die Staatsregierung den Entwurf zuleiten wird, so werden wir als Sozialdemokratische Fraktion die Vorlage prüfen. Wir können aber heute schon sagen, daß wir uns auf jeden Fall energisch dagegen wenden werden, wenn in diesem Entwurf eine Schlechterstellung der öffentlichen Schulen im Vergleich zu den Privatschulen vorgesehen sein sollte.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Ich glaube, daß das auch das Anliegen des gesamten Hohen Hauses sein wird. Ich kenne den Entwurf im einzelnen jetzt noch nicht, aber ich glaube, daß solche Tendenzen zumindest herausgelesen werden können.

(Zuruf von der CSU)

— Herausgelesen, nicht hineingelesen! —

Ein anderer Schwerpunkt ist das Problem der Förderung des technischen Nachwuchses. Meine Damen und Herren, ich kann hier mit einer gewissen Genugtuung sagen, daß die SPD zu einer Zeit, als man in diesem Hohen Hause noch mitleidig darüber lächelte, die Problematik des technischen Nachwuchses und seiner Förderung hier angesprochen hat. Es ist eine gewisse Genugtuung für mich, heute zu erkennen, daß der damalige „Rufer in der Wüste“ — möchte ich fast sagen —, unser Kollege Waldemar von Knoeringen, heute durch die Entwicklung voll und ganz recht bekommen hat und daß die Bayerische Staatsregierung heuer und auch bereits im vorigen Jahr die Frage des technischen Nachwuchses mit als einen Schwerpunkt herausgestellt hat. Die Pionierarbeit, die unser Kollege Waldemar von Knoeringen in dieser Hinsicht geleistet hat, wurde also von Erfolg gekrönt.

Meine Damen und Herren! Was die Ingenieurschulen betrifft, so begrüßen wir den Fünf-Jahres-Plan, den die Bayerische Staatsregierung vorlegen wird; er entspricht auch unseren Planungen. Aber eines möchte ich noch sagen: Wir dürfen dabei — —

(Zuruf)

— ich kenne die Planungen so ungefähr, Herr Kollege, und weiß, daß hier bei den Baumitteln eine wesentliche Verbesserung vorgesehen ist. Diese Entwicklung sollte vorangetrieben werden.

Was aber noch dazu kommt, ist die Frage der Betriebszuschüsse für die nichtstaatlichen Ingenieurschulen. Hier ist bereits eine Erhöhung vorgesehen, das wird anerkannt. Aber wir glauben, daß diese Erhöhung nicht genügt und daß wir hier noch mehr tun müssen. Die Sozialdemokratische Fraktion hat einen diesbezüglichen Antrag gestellt, und wir hoffen, daß sich die Regierungsparteien diesem Anliegen nicht verschließen werden.

(Gabert [SPD])

Da ich nun von den **Anträgen der Opposition** spreche, möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung dazu machen. Es wurde mir berichtet, daß ein Regierungsmitglied kürzlich in einer Rede gesagt haben soll, die Opposition solle sich nicht einbilden, daß sie die Regierung durch Anträge an irgendetwas zu erinnern brauche.

(Hört! bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich möchte hoffen, daß diese Ausführungen nicht so gemeint sind, als ob die Opposition überhaupt keine Anträge mehr stellen sollte. Ich kann das nicht annehmen. Aber ich glaube, eine solche Formulierung sollte sich ein Regierungsmitglied sehr gut überlegen; denn es ist das Recht eines jeden Abgeordneten, Anträge in diesem Hohen Haus zu stellen, und es ist die Verpflichtung der Opposition, die Schwerpunkte herauszugreifen, wo sie der Auffassung ist, daß eben mehr getan werden kann. Sie hat auch oft gezeigt, daß finanziell die Voraussetzungen dafür da sind, daß auch mehr getan werden kann.

(Abg. Dr. Hoegner: Eine solche Äußerung ist verfassungswidrig und gegen die Rechte des Parlaments!)

— Ich habe absichtlich nur gesagt, „es wurde mir berichtet“, und ich hoffe und nehme im Interesse der Entwicklung an, daß das falsch war.

(Abg. Euerl: Dann darf man es aber auch nicht so sagen!)

— Herr Kollege Euerl, Sie müssen vorsichtig sein mit einem solchen Zwischenruf; wir haben schon einige Male Dinge hier erlebt — —!

Nun, „eine andere Initiative“ der Staatsregierung, sagte der Herr Minister, sei die **Förderung des Sports** gewesen, und zwar die Erhöhungen, die für diesen Zweck in diesem Haushaltsplan stehen. Dazu darf ich Ihnen gleich chronologisch einiges Wenige sagen. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir uns in der Debatte zum Nachtragshaushalt 1961 hier um einige 100 000 DM Erhöhung für den Schulsport gerauft haben,

(Frau Abg. Laufer: Jawohl!)

und daß die Regierungsparteien, die — wie soll ich sagen? — schon ein wenig aufgeweicht waren, dann durch den persönlichen Einsatz des Finanzministers wieder zusammengeschweißt wurden, und dann wurden die Anträge abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Ospald)

Ein Antrag, und zwar von der Sozialdemokratischen Fraktion, wurde allerdings angenommen, nämlich der Antrag, einen **Landessportplan** auf der Basis des Goldenen Plans der Deutschen Olympischen Gesellschaft vorzulegen. Dieser Landessportplan liegt nun vor, und ich freue mich, feststellen zu können — —

(Zuruf von der SPD)

— Er ist angekündigt, sagen wir es so, seien wir vorsichtig!

(Zuruf von der SPD: Demnächst!)

Und ich freue mich, daß die Staatsregierung hier einem Sozialdemokratischen Antrag entsprechen wird. Auch hier bitte ich, die „Correspondenz“ zu korrigieren: Die Zahlen, die dort für die Sportförderung genannt werden, stimmen gar nicht; denn man verwechselt völlig die Titel. Der Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion zum Titel „**Schulsport**“ deckt sich genau mit dem, was die Regierungsvorlage vorsieht.

(Abg. Dr. Merk: Löblich!)

— Richtig, das ist sehr gut; denn der Antrag wurde bereits am 28. Juni gestellt, also hat die Regierung ihn aufgegriffen und verwirklicht. Eine gute Sache.

(Abg. Dr. Heubl: Ihr glaubt, wenn Ihr den nicht gestellt hättet, wäre uns das nie eingefallen — sowas an Überheblichkeit!)

— Entschuldigen Sie, Herr Kollege Heubl, das Wort „Überheblichkeit“ möchte ich überhört haben; ein solcher Zwischenruf, glaube ich, ist nicht gerechtfertigt. — Ich habe nur festgestellt, daß am 28. Juni die Sozialdemokratische Fraktion diesen Antrag gestellt hat und daß in der Vorlage des Haushaltsentwurfes nun diese Summe enthalten ist. Das sind Tatsachen. Was ich davon ableite, ist meine eigene Sache. Was Sie davon ableiten, ist Ihre eigene Sache. Aber daran ist jedenfalls nichts zu ändern.

Beim **Vereinsport** sind wir allerdings der Meinung, daß noch mehr getan werden kann und mehr getan werden muß. Wir haben in unserem Schwerpunktprogramm diesen Antrag bereits konkret gestellt.

Ich habe es sehr bedauert, daß der Herr Staatsminister kein Wort zur **Erwachsenenbildung** gesagt hat.

(Frau Abg. Laufer: Sehr richtig!)

Es steht zwar auch wieder in der Correspondenz, daß im vorigen Jahr der Betrag für die Erwachsenenbildung wesentlich erhöht worden ist. Meine Damen und Herren, nach langem Kampf und Sitzungsunterbrechungen war die Staatsregierung endlich bereit, 200 000 DM zuzulegen. Wir sind der Meinung, daß wir für eine so wichtige Frage wie die Erwachsenenbildung bei einem solchen Haushalt mit einem solchen Volumen mehr ausgeben können. Wir haben daher den Antrag gestellt, die Mittel um 1 Million DM zu erhöhen.

(Abg. Bezold: Um oder auf 1 Million?)

— Um 1 Million!

Der **Altenplan**, meine Damen und Herren, ist auch so eine Sache. Auch das wird als eine neue Initiative der Staatsregierung hingestellt. Ich darf Sie aber daran erinnern, daß zu den Beratungen des Nachtragshaushalts 1961 die Sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf einen Altenplan eingereicht hatte und daß die Regierungsparteien damals diesen Plan abgelehnt haben. Wir sind es in

(Gabert [SPD])

diesem Haus schon gewöhnt, daß man von seiten der Regierungsparteien zuerst die Anträge ablehnt, wenn sie von der Opposition kommen, um sie dann später selbst als Ideen der Regierung zu bringen.

(Zuruf)

Eine solche „Initiative“ ist eine Spätzündung. Meine Damen und Herren, es kommt uns auch nicht auf das Recht der Erstgeburt an. Entscheidend ist, daß auf diesem Gebiet etwas geschieht. Wir haben bereits im Juni 1961 wieder den Antrag gestellt, und es ist nun angekündigt — einige Mittel stehen ja bereits im Haushalt —, daß der Altenplan ungefähr in der Größenordnung, wie er von uns beantragt wurde, auch durchgeführt werden soll.

Zum Wohnungsbau wird mein Kollege Högn Ausführungen machen, so daß ich dieses Kapitel ausklammern darf.

Ich darf aber noch etwas sagen zur Frage der **Wasserversorgung** und **Abwasserbeseitigung**. Dies hängt auf das engste mit dem Wohnungsbau zusammen; denn Sie wissen, nach dem Bundeswassergesetz dürfen keine Baugenehmigungen mehr erteilt werden, wenn die Frage der Abwasserbeseitigung nicht gelöst ist. Wir müssen also auf diesem Gebiet an die Gemeinden höhere Zuschüsse leisten, und die Erhöhungen, die bereits im Haushaltsplan stehen, genügen nach unserer Auffassung auch noch nicht. Wir haben deshalb einen Antrag gestellt, der hier eine wesentliche Erhöhung vorsieht. Wir haben uns von Fachleuten sagen lassen, daß diese erhöhten Mittel auch verbaut werden können und daß die notwendigen Pläne vorhanden sind. Die finanziellen Mittel hierfür sind ebenfalls vorhanden. Wir sind der Auffassung, daß wir als Parlament gemeinsam die Frage der Abwasserbeseitigung im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau anpacken sollten und daß wir diese Erhöhungen, wie sie die Sozialdemokratische Fraktion jetzt hier vorschlägt, beschließen sollten. Das gleiche gilt für den Bau von Wasserversorgungsanlagen und die Zuschüsse für diesen Zweck an die Gemeinden.

Auch beim **Straßenbau** sind wir der Auffassung, daß noch einiges geschehen kann und daß auch noch einiges verbaut werden kann, so daß wir also 1962 hier noch etwas vorankommen können.

Zum **staatlichen Hochbau** möchte ich nicht viel sagen. Ich werde später einmal an den Herrn Finanzminister die Frage richten, welche Baumaßnahmen tatsächlich dem Baustop zum Opfer gefallen sind und welche Ausnahmegenehmigungen erteilt werden mußten, damit wir dann sehen, was die Maßnahme des Baustops tatsächlich an Erfolg zeitigt hat und was nicht.

Ich darf dann noch ganz kurz darauf aufmerksam machen, daß wir selbstverständlich in unserem Schwerpunktprogramm zum Haushalt auch Fragen der Landwirtschaft, Fragen des Grenzlands und der Wirtschaftsförderung angesprochen

haben. Aber damit kann ich mich in der kurzen Zeit nicht beschäftigen. Eine Bitte möchte ich aber bei dieser Gelegenheit aussprechen, Herr Finanzminister. Ich habe erfahren, daß das Zweitkindergeld an die Forstarbeiter immer noch nicht zur Auszahlung kommt und daß die notwendigen Anweisungen des Finanzministeriums fehlen. Heute habe ich bei der Ministerialforstabteilung feststellen können, daß dort alles vorbereitet ist, daß aber die notwendigen Anweisungen und Richtlinien von Ihrem Ministerium noch nicht erteilt worden sind. Ich bitte Sie dringend, das zu tun, damit die Forstarbeiter in den Genuß dieser Dinge kommen.

Ich möchte mich nun zuletzt ebenfalls, wie der Herr Finanzminister, etwas mit den Fragen des **kommunalen Finanzausgleichs** beschäftigen, den Fragen, die zweifellos bei diesem Haushaltsplan für 1962 im Brennpunkt der Erörterungen stehen. Dieser Fragenkreis bildet seit Jahren einen wesentlichen Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik. Lebensfähige und funktionierende Gemeinden — darüber sind wir uns wahrscheinlich in diesem Hause alle einig — sind eine Voraussetzung für jedes demokratische Gemeinwesen, für jeden demokratischen Staat. Die SPD-Fraktion hat in den letzten Jahren immer wieder konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Finanzkraft der Gemeinden gemacht, und sie hat — darf ich sagen — diese Vorschläge nicht erfolglos gemacht, wenn auch Ihre Correspondenz heute anders schreibt. Es kann nicht wegdiskutiert werden, daß im Lauf der Jahre diese Vorschläge zwar einmal abgelehnt worden sind, im nächsten Jahr die Regierung aber einfach gezwungen war, die Dinge zu machen, weil die Schwerpunkte, die die Sozialdemokratische Fraktion auf diesem Gebiet aufgezeigt hatte, richtig waren. Darüber war eben nicht mehr zu diskutieren.

(Abg. Dr. Merk: Es haben sich auch die Möglichkeiten erst im Lauf der Jahre ergeben; es ist alles eine Frage des Zeitpunkts!)

— Herr Kollege Dr. Merk! Die Möglichkeiten waren vorhanden; denn wir haben jedes Mal den Haushalt mit einem Überschuß von bis zu 200 Millionen DM abgeschlossen. Also von den Möglichkeiten dürfen Sie nicht reden.

(Abg. Kraus: Immer besser, als Schulden machen!)

— Der Zinsendienst ist 132 Millionen DM bei einem Gesamtvolumen von 6 Milliarden. Also damit dürfen Sie bei Gott nicht kommen, wenn es um diese Dinge geht.

(Zuruf des Abg. Kraus)

Meine Damen und Herren! Der geschlossene Block der Regierungsparteien hat damals dagegen gestimmt. Immer zuerst also die Ablehnung — und dann wird von der Regierung selbst der Vorschlag aufgegriffen! Ich möchte aber genauso wie der Herr Finanzminister sagen, daß dieser Land-

(Gabert [SPD])

tag in seiner Gesamtheit ein sehr kommunalfreundlicher Landtag ist.

(Zuruf: Bravo!)

Das geht zweifellos durch alle Parteien hindurch, wenn auch das eine einmal etwas früher und das andere etwas später kommt.

(Abg. Dr. Heubl: Wenn die eine bei der Opposition und die andere bei der Regierung sitzt, daher kommt das!)

— Richtig! Der Herr Abgeordnete Eberhard hat 1957 schon einen Steuerverbund von 12 Prozent gefordert. Heute ist er der Finanzminister.

(Staatsminister Dr. Eberhard: X-mal widerlegt!)

— Es stimmt, der Antrag ist da, nur sollten die 2 Prozent für etwas anderes verwendet werden.

(Staatsminister Dr. Eberhard: Das ist auch widerlegt!)

— Das ist gefordert worden. Damals waren Sie in der Opposition, da sieht es manchmal etwas anders aus. Herr Staatsminister, wir waren lange genug zusammen im Haushaltsausschuß, und ich kann mich sehr wohl an die Debatten um den kommunalen Finanzausgleich erinnern.

(Abg. Sackmann: Als die SPD nicht mehr wollte!)

— Nein, damals war es so, daß die SPD zum Unterschied von Ihnen sofort noch die vernünftige Anregung der Opposition aufgegriffen hat.

(Abg. Sackmann: Als es nicht mehr anders ging!)

— Jawohl, Herr Kollege Sackmann, während der Verhandlungen nach einer Rede des Herrn Finanzministers! Ich denke an den Steuerverbund.

(Staatsminister Dr. Eberhard: Auch nur dann!)

— Das war die Viererkoalition. Nach einer Rede des damaligen Herrn Abgeordneten Eberhard, die von uns aus gesehen in den Grundsätzen als richtig erkannt wurde, haben wir noch während der Sitzung und Beratung im Haushaltsausschuß diese Anträge konkret aufgegriffen, eine Sache, die in diesem Haus bei den jetzigen Regierungsparteien in den ganzen Jahren niemals passiert ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister Eberhard, das ist der große Unterschied; denn damals, als wir um die 5 Millionen DM stundenlang debattierten, konnte Ihr Antrag nur durchkommen, weil innerhalb der Sozialdemokratischen Fraktion einige Kommunalpolitiker waren, die sich von dem damaligen Finanzminister nicht zur Ordnung rufen ließen, sondern hier mit dem Gewissen gestimmt haben, was jetzt ebenfalls nicht mehr vorkommt.

(Abg. Dr. Heubl: Herr Kollege Gabert, mit unserem Gewissen stimmen wir nach wie

vor, das kann von Ihnen nicht bestritten werden!)

— Herr Kollege Heubl, ein gewisser Druck wird manchmal von dem Herrn Finanzminister auch auf dieses Gewissen ausgeübt. Seien wir doch ganz ehrlich: Das ist die Aufgabe des Finanzministers. Er hat ja auch gesagt: Glauben Sie doch nicht, daß die Regierungsparteien nicht alles vorher mit dem Finanzminister abgesprochen haben und daß sie unbedingt etwas anderes tun werden! — Das ist selbstverständlich richtig, und das haben wir in diesem Haus des öfteren erleben müssen.

Nun, der wesentlichste Schritt vorwärts in dieser ganzen Entwicklung war zweifellos die Einführung des Steuerverbundes damals, und der Herr Finanzminister sagte mit Recht, daß auch auf seiten der kommunalen Spitzenverbände, nachdem dieser **Steuerverbund** eingeführt worden war — man glaubte es zum mindesten —, ein gewisser Ruhepunkt in der Entwicklung kommen würde. Es zeigte sich aber dann, daß dies noch nicht genügte. Wir haben erlebt, daß der Steuerverbund verbessert wurde und daß das Aufkommen aus dem Länderfinanzausgleich noch einbezogen würde. Ich möchte nicht mehr sagen, wer das damals beantragt hat; das scheint Sie alle so zu ärgern. Aber Sie wissen es ja bereits zur Genüge.

Nun, ich kann mich erinnern, damals wurde auch von allen Rednern der Ruf nach der kommunalen Finanzreform, überhaupt nach der großen **Finanzreform** erhoben. Ich glaube, es war beim Nachtragshaushalt 1961 Herr Kollege Fink als einer der Kommunalpolitiker aus Augsburg, der hier von dieser Stelle aus in Richtung Bund die Forderung nach einer großen Finanzreform aufstellte. Und ich kann mich erinnern, daß auch der Herr Abgeordnete Eberhard und auch der Finanzminister Eberhard vor ungefähr zwei Jahren in Blickrichtung Bund diese Forderung nach der großen Finanzreform — genau wie wir — aufgestellt hat, weil man der Auffassung war, daß doch auf diesem Gebiet — die Steuern sind angesprochen worden — etwas zu machen ist.

Wir haben nun erfahren, daß der Herr Finanzminister der Auffassung ist, von Bonn ist für die Gemeinden kein Segen zu erwarten. Wenn er das sagt, dann wird es wahrscheinlich richtig sein.

Nun möchte ich etwas zu den Vorschlägen sagen, die der Herr Finanzminister am Ende seiner Rede in Zusammenhang mit der Finanzreform gemacht hat, wobei ich vorher noch sagen darf, wir unterstreichen auch die Feststellung des Herrn Finanzministers, daß es immer einen **Finanzausgleich** geben muß, auch dann, wenn man die Gemeinden örtlich am Aufkommen einer großen Steuer beteiligt. Es erscheint mir als eine wichtige Feststellung, die auch zur Klarstellung in der Diskussion draußen beiträgt. Ich möchte das noch einmal unterstreichen. Das ist also richtig. Dieser Ausgleich, der bestehen bleiben muß, soll nach unserer Auffassung noch verbessert werden. Wir haben in Ruppolding — Herr Minister, kein einziger in der SPD-Fraktion hat den Namen dieses Dorfes, wie der

(Gabert [SPD])

Herr Bürgermeister sagte, falsch ausgesprochen; dafür hat schon unser altbayerischer Fraktionsvorsitzender gesorgt —

(Zuruf des Staatsministers Dr. Eberhard)

in der Arbeitstagung unserer Fraktion die Auffassung vertreten, daß gerade dieser Finanzausgleich, der bestehen bleiben muß, auch noch verbessert werden soll. Sie kennen die Forderungen: Erhöhung des Verbundsatzes um 2½ Prozent, Verbesserung bei den Polizeikostenzuschüssen, eine Stafelung bei den Zuschüssen für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis. Wir haben auch — ähnlich wie der Herr Finanzminister und ähnlich wie die Regierungsparteien — die Frage der Finanzreform diskutiert. Wir haben aber auch die Frage des Gewerbesteuerausfalls angesprochen. Zu diesem Problem hat der Herr Finanzminister in seiner Rede nichts gesagt; vielleicht kann er im Schlußwort noch einige Ausführungen dazu machen. Wir haben bei unserer Arbeitstagung auch konkrete Anträge zu den Verbesserungen der Leistungen nach Artikel 10 des Finanzausgleichsgesetzes gestellt, und hier, Herr Kollege Dr. Heubl, treffen sich die Zahlen genau mit den Absichten der Regierungsparteien. Ich finde das gar nicht schlecht, weil man hier sieht, daß die Erwägungen und die Prüfung von den gleichen Gesichtspunkten her erfolgt sind.

(Abg. Dr. Heubl: Wir waren zwei Tage eher dran!)

— Nein, das ist nicht richtig.

(Abg. Dr. Heubl: Mindestens in der Veröffentlichung. Das kann man nachher nicht mehr feststellen.)

— Richtig. Da ist Ihre Correspondenz wieder falsch informiert, denn die Damen und Herren können es bestätigen, daß wir bereits freitags in der Pressekonzferenz die am Mittwoch gefaßten Beschlüsse der Öffentlichkeit fix und fertig abgezogen übergeben haben.

Der Herr Finanzminister hat dann die Frage der **Kraftfahrzeugsteuer** angeschnitten. Damit komme ich zu den wesentlichsten Vorschlägen, die mir außerordentlich bedeutsam erscheinen. Wir haben ebenfalls in Ruhpolding die Frage der Kraftfahrzeugsteuer aufgeworfen und ich durfte vor der Presse sagen, daß auch die Sozialdemokratische Fraktion der Auffassung ist, daß die Kraftfahrzeugsteuer den Gemeinden zur Gänze überlassen werden soll und wir noch in diesem Jahr einen Schritt in dieser Richtung tun sollen, indem wir den Steuerverbund auf 50 Prozent erhöhen. Die Regierungsparteien haben 45 Prozent gefordert, aber darum soll bei Gott kein Streit entfacht werden. Im Prinzip können wir feststellen, daß auch die Staatsregierung und die Regierungsparteien bei der Kraftfahrzeugsteuer die Entwicklungen in der

gleichen Richtung sehen und daß sie in der gleichen Richtung vorangehen.

(Abg. Sackmann: Anderen sozialdemokratischen Ländern zur Nachahmung empfohlen!)

— Der Herr Finanzminister hat mit Recht gesagt, daß man die Finanzausgleichsgesetze der Länder wegen ihrer vollkommenen Unterschiedlichkeit nicht vergleichen kann. Diese Frage — ich komme noch auf die Bedeutung des Gesamtvorschlags zurück — wird zu einer weiteren Diskussion in den Ländern der Bundesrepublik führen. Bei der Kraftfahrzeugsteuer bin ich allerdings der Meinung, daß wir bei der Verteilung dann auch die besonderen Verkehrsaufgaben der Gemeinden, aber auch die verschiedenen Gemeindegrößen mitberücksichtigen müssen. Aber das sind technische Einzelheiten, auf die wir heute noch nicht eingehen müssen.

Nun möchte ich als Sprecher der Opposition mit aller Deutlichkeit die Feststellung machen, daß die Vorschläge des Herrn Finanzministers im Zusammenhang mit der Kraftfahrzeugsteuer und der **Lohnsteuer** und Grunderwerbsteuer mutige Vorschläge gewesen sind. Sie werden zweifellos zu einer ausgedehnten Diskussion führen; denn diese Vorschläge sind der erste konkrete Schritt in der Richtung einer Finanzreform. Das, meine Damen und Herren, soll auch von der Opposition in diesem Hause anerkannt werden.

(Vereinzelter Beifall)

Es ist selbstverständlich, daß dieser Vorschlag in bezug auf seine Konsequenzen noch genauer Überlegungen bedarf. Das ist auch dem Herrn Finanzminister klar. Zehn Prozent vom Bruttoaufkommen der Lohnsteuer bedeutet, daß wir auch mit dem Bund verhandeln müssen, weil 35 Prozent des Bruttoaufkommens davon dem Bunde gehören. Ich hoffe, daß der Einfluß der mittragenden Regierungspartei in Bonn — denn das steht fest, daß sie mitträgt — so stark sein wird, daß die Änderung durchgesetzt werden kann. Ich bin auch der Meinung, daß wahrscheinlich Bayern, jetzt im Blick auf die übrigen Länder, keinen Alleingang machen wird. Es wird darauf ankommen, die ganze Gelegenheit mit den übrigen Ländern abzustimmen. Wie ich erfahren habe, war offensichtlich auf der letzten Finanzministerkonferenz keine Gelegenheit gegeben, diese Frage anzusprechen. Es wird notwendig sein, in der Zukunft noch einmal zu überprüfen, wie sich die übrigen Länder zu diesem Vorschlag verhalten. Es muß eine Übereinstimmung erzielt werden.

Grundsätzlich, so möchte ich noch einmal sagen, muß dieser Vorschlag begrüßt werden. Dem Herrn Finanzminister gebührt das Verdienst, daß er die Diskussion um die Finanzreform in ein neues Stadium gebracht hat. Bis jetzt haben wir nur Denkschriften irgendwelcher anonymer Ausschüsse gelesen; jetzt aber ist ein offizieller Vorschlag da, über den man sich konkret unterhalten und über dessen Konsequenzen man sprechen kann. Man

(Gabert [SPD])

kann die Vorschläge annehmen oder ablehnen. Ich bin aber der Auffassung, daß man zu einer günstigen und annehmbaren Regelung in dieser Frage im Interesse unserer Gemeinden kommen wird. Das wollte ich noch abschließend zu diesen Vorschlägen sagen, die eigentlich die bedeutsamsten Ausführungen in der Rede des Herrn Finanzministers darstellten.

Dieser Haushalt ist zweifellos mit seinen fast 6 Milliarden mit vielen Problemen und Schwerpunkten vollgepackt, auch mit Schwerpunkten, die die Sozialdemokratische Partei gleich Ihnen auf einigen Gebieten seit Jahren vertritt. Die günstige Finanzlage ermöglicht es uns nun, die Dinge anzupacken, von denen wir als Opposition der Meinung sind, daß sie durchzuführen sind. Und wo wir der Auffassung sind, daß auf vielen Gebieten eben noch mehr getan werden muß und noch mehr getan werden kann, da haben wir die Anträge dazu gestellt; denn das ist unser gutes Recht. Darüber werden wir uns noch im Haushaltsausschuß und im Plenum bei der Beratung der Einzelpläne unterhalten. Ich glaube, daß auch dieser Haushalt zeigt, daß unser ständiges Drängen als Opposition nicht umsonst gewesen ist und daß manche der Anliegen, die ich bereits aufgeführt, und die noch vor einigen Monaten abgelehnt worden sind, nun doch ihren Niederschlag im Haushalt gefunden haben. Damit tragen die Anregungen der Sozialdemokratischen Partei zum Fortschritt und zur weiteren Entwicklung dieses Landes bei.

Hoffen wir alle, meine Damen und Herren, daß dieser Rekordhaushalt — so möchte ich fast sagen — mit seinen sechs Milliarden trotz aller Spannungen in der Welt in einem friedlichen Zeitablauf abgewickelt werden kann; denn dies ist die Voraussetzung, daß die gemeinsame Arbeit der Parlamente überhaupt zum Erfolg führt. Diesen Wunsch haben wir in diesem Hause alle gemeinsam.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Högn: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Panholzer; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Panholzer (BP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Plethor in den Staatskassen, zum Überlaufen voll, mag einen Finanzminister sehr freuen und es kann auch einem Landtag viel Freude machen, solche Bewilligungen auszusprechen. Freilich steht hinter dieser Überfülle doch ein sehr unangenehmes Gefühl: das unangenehme Gefühl nämlich, daß die Frage nach der Moral des Steuerzahlers auch einmal gestellt werden könnte in der Frage nach der **Moral des Gesetzgebers** oder **Steuereintnehmers**. Es wird jetzt doch langsam allerhöchste Zeit, daß sich die gesetzgebenden Körperschaften darüber ernstlich Gedanken machen, wie man diese Belastung der Steuerzahler einigermaßen erleichtern kann. Ich glaube, daß das eines der wichtigsten Probleme ist, die auf dem Gebiet der Finanzpolitik überhaupt zu lösen

sind. Schließlich muß die Pflicht, Steuern zu zahlen, unter einem sittlichen Gesichtspunkt betrachtet werden, der in gleicher Weise auch für die öffentliche Hand gilt. Es ist immer wieder gesagt worden, man würde die großen Ungerechtigkeiten der Umsatzsteuer nun endlich beseitigen. — Geschehen ist bisher nichts. Auch auf dem Gebiete der Einkommensteuer sind gerade die mittleren Schichten, die Gewerbetreibenden des Mittelstandes, durch die Einkommensteuer, durch die Gewerbesteuer und durch die Umsatzsteuer eigentlich außerordentlich belastet. Diese Steuern zusammen machen sehr hohe Beträge aus, die auf den Betrieben des Mittelstandes lasten und die es einfach nicht erlauben, daß der Mittelstand einmal dazu kommt, aus seinen Gewinnen heraus wirkliche Investitionen zu machen. Freilich ist die Änderung der Steuergesetze, die Verminderung der Steuerlast des Bürgers in erster Linie eine Frage, die der Bund zu lösen hat. Diese Frage muß aber trotzdem hier gestellt werden: **Dann** wir nehmen die Steuern ein, die die Bundesgesetze uns geben. Vom einnehmenden Staat ist auch einmal die Frage zu stellen, ob es jetzt nicht an der Zeit ist, aus der Überfülle der Kassen herauszukommen und ein wenig Erleichterung für die Steuerzahler zu geben.

Es kann auch sein, daß diesem Plethor der Kassen auch ein inflatorischer Gesichtspunkt zeigt, daß die fortschreitende Geldentwertung sich in der erheblichen Zunahme der Steuerergebnisse widerspiegelt. Es ist schmerzlich, daß die Bundesregierung der ganzen **Währungsfrage** viel zu wenig ernste Sorgfalt gewidmet hat und daß wir zwar eine Aufwertung der D-Mark um einen lächerlichen Betrag bekommen haben, daß aber

(Abg. Bezold: Ja, sie fällt bereits wieder!)

eine wirklich ernste Maßnahme auf diesem Gebiete an hohen Kräften der Interessenverbände gescheitert ist. Unter diesem Gesichtspunkt des inflationistischen Gefühls, das man bei diesen großen Steuereinnahmen leider haben muß, möchte ich bemerken, daß die neun Nullen hinter den Haushaltsziffern sich so ausnehmen wie der Schweif des Kometen, jenes Sterngebildes, das, wie man weiß, besonders rätselhaft am Himmel erscheint.

Es ist ärgerlich, meine verehrten Kollegen, daß wir uns noch immer mit den **Ausgleichsforderungen** herumschlagen müssen. Während der letzten zwei Jahre haben wir uns bei den Haushaltsreden des Herrn Finanzministers ununterbrochen mit dieser Frage beschäftigt. Wir haben gehört, es sei die Möglichkeit eines Vergleichs in irgendeiner Form gegeben. Ob jetzt die Änderung des Grundgesetzes, die die Bundesregierung herbeiführen will, offenbar um das Grundgesetz in etwa den Anschauungen des Verfassungsgerichtshofs anzugleichen, Erfolg haben wird, wissen wir nicht. Wir glauben aber, man sollte diese Frage der Ausgleichsforderungen — ich meine die Zinszahlungen auf diese Forderungen — nun nicht schlechthin mit dieser Gesetzesänderung verkoppeln. Es gibt noch einen anderen Weg, hier zu einem Ziel zu kommen: das ist eine neue Klage an das Verfassungsgericht über die Zinsen, etwa in der gleichen

(Dr. Panholzer [BP])

Form, wie der Bayerische Staat seinen Prozeß in bezug auf die Tilgung geführt und gewonnen hat. Dann wäre eine klare Rechtsbasis da, und wir bräuchten nicht zu warten, ob das Grundgesetz geändert wird oder nicht. Wir könnten uns dann die Belastungen künftig sparen, die für den bayerischen Haushalt doch immerhin nicht unerheblich sind.

Im neuen Haushalt sind für den **Wohnungsbau** 517 Millionen DM eingesetzt. Dabei sind alle Teile des Wohnungsbaus reichlich bedacht und eingeteilt. Weiter werden wir 193 Millionen DM für den **Straßenbau** ausgeben und für den **staatlichen Hochbau** 106 Millionen DM. Insgesamt sind das mehr als 800 Millionen DM für öffentliche Bauvorhaben. Ich frage mich, ob diese 800 Millionen DM im kommenden Jahr wirklich an den Mann gebracht werden, ob es auch nur annähernd möglich sein wird, diese Mittel zu verbauen. Denn Sie wissen, daß die Baukonjunktur außerordentlich überhitzt ist und daß es schwer sein wird, in die Baukonjunktur eine wirkliche Ordnung hineinzubringen. Es könnte allerdings sein, daß diese 800 Millionen schon an den Mann kommen, wenn man sich vorstellt, daß ein weiteres rapides Ansteigen der Baukosten diese Millionen auffressen wird, wobei aber dann nicht gewährleistet ist, daß am Ende des nächsten Jahres wirklich die 32 000 und etliche Wohnungen vorhanden sein werden und die errechneten Kilometer an Straßen gebaut worden sind.

Darin liegt die gleiche Problematik, wie sie merkwürdigerweise auch bei den 70 **Dozentenstellen** auftritt, die der Kultusminister im diesjährigen Haushalt bekommt. Ob es so leicht sein wird, 70 Dozenten für die verschiedenartigsten, zum Teil sehr modernen Fächer, zu finden, mag dahingestellt bleiben. Wenn das Problem lösbar ist, war es gut, es so zu machen, um endlich den Engpaß auf der Hochschulebene ein bißchen auszuweiten. Wir werden für den Kultusetat auch in Zukunft noch sehr viel Geld brauchen. Wenn wir die neue **Universität in Regensburg** einrichten, wird das sehr hohe Kosten verursachen; sie sind ja nicht in einem Jahr zu zahlen. Denn die Ausführung dieses Projekts wird sicherlich mehrere Jahre dauern. Aber mit diesen Kosten müssen wir schon jetzt rechnen. Ich glaube, daß dann erst noch das große Problem entstehen wird, ob wir für die neue Universität in Regensburg auch die Universitätsdozenten so schnell haben werden, wie wir uns das vielleicht wünschen.

Der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums enthält alle möglichen guten Dinge und Förderungsmittel. Aber ich glaube, es fehlt diesen Mitteln für die Landwirtschaft jener Teil, der notwendig ist, um unsere bayerische Landwirtschaft vor den Gefahren zu retten, die der unmittelbare **Eintritt der Landwirtschaft in den Europäischen Markt** mit sich bringen wird. So wie das geplant ist und wie man es kommen sieht, ist es ganz klar, daß die inländische Landwirtschaft dadurch erhebliche Rückschläge erleiden wird. Man hat das ver-

glichen mit der Einführung des Zollvereins im vergangenen Jahrhundert. Jawohl, aber es hat doch volle 40 Jahre gedauert, bis die Schwierigkeiten, die die Einführung des Zollvereins brachte, überwunden werden konnten, und man weiß, wie viele Existenzen dabei auf der Strecke geblieben sind. Wir können es uns nicht leisten, solche Experimente etwa mit der Landwirtschaft zu machen. Wir können nicht die Landwirtschaft auf der Strecke bleiben lassen, weil ein viel zu wesentlicher Teil unseres eigenen Lebensunterhalts von ihr abhängt, den wir nicht aufgeben können und nicht aufgeben dürfen.

Auch für die **gewerbliche Wirtschaft** ist eigentlich nicht besonders viel im Haushalt enthalten, und das bedaure ich. Nur unter dem Gesichtspunkt des Fremdenverkehrs und der Grenzlande ist Geld vorgesehen. Im übrigen sieht es da nicht besonders rosig aus.

Wichtig scheint mir auch die Frage der **Staats-schulden**. Ich habe schon in den letzten Jahren gesagt, man müßte die Zeiten, in denen wir gute Einnahmen haben, dazu verwenden, um von unseren überhöhten Schulden wegzukommen. Ich unterstütze infolgedessen alle Maßnahmen, die der Herr Finanzminister vorschlagen wird, um unsere Schuldenlast herunterzudrücken. Das ist schon deshalb notwendig, weil wir gar nicht wissen können, wie lange dieses Überlaufen der Staatskassen noch andauert, wie lange wir noch in der glücklichen Lage sind, Ersparnisse zu machen, ohne wichtige Aufgaben zu vernachlässigen. Ich glaube daher, daß sowohl die Ausgleichsrücklage wie auch die Rückzahlung von Staatsschulden ein wesentlicher Faktor der bayerischen Finanzpolitik sein muß, damit wir nicht einmal als schwerverschuldetes Land in eine große Wirtschaftskrise hineinkommen und dann nicht mehr in der Lage sind, uns selber hinreichend zu helfen.

Aber hinter all dem, wofür in diesem Haushalt Mittel gespendet und gegeben werden, steht schmerzlicher Weise ein gefährliches Gespenst. Und dieses Gespenst heißt **Luftschuttkeller**. Man weiß, daß die amerikanische Regierung in Bonn vorstellig geworden ist, warum für den Luftschutz hier nichts geschieht, und daß von den willfähigen Schülern, die die Deutschen sind, nun sicherlich doch sofort etwas unternommen werden wird, um auf diesem Gebiete Versäumtes nachzuholen. Daß das nicht den einzelnen Bürgern aufgelastet werden kann, versteht sich von selber; daß dafür Mittel des Staates, Mittel des Bundes eingesetzt werden müssen, ist klar. Aber ich glaube, es wird sich dabei um sehr erhebliche Kosten handeln. Man denke nur zurück an die Berechnungen, die schon im Jahre 1957 für die Anlage von solchen Schutzkellern genannt worden sind. Es kommen also schwere und ernste Sorgen auf uns zu, so daß die Schönheit dieses Haushalts und die Freude über ihn vielleicht eine gewisse Trübung erfahren wird.

Der Herr Finanzminister hat den Steuerzahlern für ihre großartige Pflichterfüllung herzlich gedankt. Ich würde mich freuen, wenn er die Steuer-

(Dr. Panholzer [BP])

zahler dadurch belohnen würde, daß die Steuern durch eine allgemeine Finanzreform erheblich gesenkt werden.

(Beifall bei der BP)

Vizepräsident Högn: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Pöhner. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Pöhner (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Finanzminister hat diesem so interessanten Haushalt keine pathetische Überschrift gegeben, wie es früher zuweilen geschah, und er hat gut daran getan. Die Leser der Presseberichte über diesen Haushalt und vor allem aber die Steuerzahler mögen zwar ob der Rekordsumme von beinahe 6 Milliarden DM zunächst etwas schockiert gewesen sein. Wer sich allerdings die Mühe macht, den Haushalt zu analysieren, kann mit einer gewissen Beruhigung feststellen, daß erstens ein beträchtlicher Teil der Steigerungsbeträge gegenüber dem Vorjahr durch rein haushaltstechnische Umstellungen bedingt ist und daß zweitens die echte Steigerung des Haushaltsvolumens auf der Erfüllung unabdingbarer Wünsche beruht. Wenn ich ferner das gewaltig gestiegene Volumen dieses Haushalts kritisch betrachte, stelle ich immerhin mit einer gewissen Beruhigung fest: Das Haushaltsvolumen ist nicht gestiegen, weil die Ausgaben, sondern in erster Linie, weil die Einnahmen so außerordentlich in die Höhe gegangen sind. Primär sind es also die **günstigen Einnahmen**, die dem Herrn Finanzminister die Erfüllung vieler, allerdings sehr dringender Wünsche gestattet haben.

Er hat aber die Erfüllung dieser Wünsche in einem konjunkturgerechten Rahmen vorgenommen, was ich ganz besonders anerkennend hervorheben möchte. Nach der Lehre der klassischen Finanzwissenschaftler müßten eigentlich die Steuern gesenkt werden, wenn die Einnahmen höher sind als die zwingenden Ausgaben. Diese Forderung wird verständlicherweise auch von Kreisen der Wirtschaft und der Steuerzahler immer wieder erhoben.

(Abg. Dr. Oechsle: Auch seitens der Arbeitnehmer!)

— Herr Kollege Oechsle, ich verstehe nicht.

(Abg. Dr. Oechsle: Auch von den Arbeitnehmern!)

— Die sind auch Steuerzahler, die Arbeitnehmer sind sogar sehr bedeutsame Steuerzahler;

(Abg. Dr. Wüllner: Und besonders betroffene!)

außerdem gehören sie meiner Meinung nach ebenfalls zur Wirtschaft. Herr Kollege Panholzer hat die Frage der **Steuersenkung** ebenfalls angesprochen. Ich möchte an sich auch gern einiges dazu sagen, aber ich meine, es wäre jetzt in diesem Hause eine vertane Zeit. Außerdem würde ich es dem Herrn Finanzminister außerordentlich leicht machen; denn

er würde mir in seiner Erwiderung zweifellos entgegenhalten, daß die wirklich ergiebigen Steuern, die unseren bayerischen Haushalt so sehr befruchten, ausschließlich vom Bund beschlossene Steuern sind, für deren Senkung wir in diesem Hause nicht zuständig sind. Wir vom Land aus können nicht die Steuern aus Einkommen und Vermögen senken, viel weniger könnten wir die besonders ergiebige Umsatzsteuer wettbewerbsneutral umgestalten. Da ich als Realpolitiker angesichts der kommenden Lasten auf dem Gebiete der Verteidigung und der Sozialpolitik auch vom Bunde her keine sehr großen Erwartungen für eine Steuersenkung hegen kann, wobei wir niemals vergessen dürfen, daß die bitteren Folgen des Krieges noch längst nicht bis zur Neige ausgekostet wurden, deshalb will ich nicht über die Steuern reden, sondern meine Redezeit lieber dazu verwenden, die bedeutsamen Aspekte dieses interessanten Haushalts hervorzuheben.

Beim Anhören der Haushaltsrede habe ich mir die Frage vorgelegt: Was hat uns denn der Herr Finanzminister eigentlich als guten **staatspolitischen Ersatz für eine Steuersenkung** geboten? Die Antwort ist ganz einfach. Er hat die ihm zur Verfügung stehenden Steuereinnahmen nicht voll wieder ausgegeben, sondern er hat einen weiteren, diesmal allerdings einen wesentlich größeren Schritt auf dem bereits 1961 begonnenen Weg zur Konsolidierung unserer gesamten Finanzpolitik getan.

(Zuruf des Abg. Dr. Schweiger)

Er hat damit auch einem Anliegen Rechnung getragen, das der Bayerische Senat in den letzten Jahren immer wieder herausgestellt hat. Der Herr Finanzminister war in der Lage, den Staatsbedarf im großen und ganzen zu befriedigen und sich darüber hinaus für bestimmte, auf uns mit Sicherheit zukommende spätere Zwecke noch ein, wie er sich ausdrückte, Julius-Türmchen anzulegen. Ich möchte in diesem Zusammenhang eher von einem Rudolfs-Türmchen sprechen. Ich wäre gar nicht überrascht, wenn sich im Vollzug der Haushalte 1961 und 1962

(Abg. Bezdold: — das Türmchen zu einem Turm auswächst!)

dieses kleine Rudolfs-Türmchen noch zu einer kleinen Eberhardsburg auswachsen würde. Das würde vielleicht auch ganz gut zu seiner Herkunft passen. Denn die Fränkische Schweiz ist bekanntlich das burgenreichste Land der Bundesrepublik.

(Abg. Dr. Oechsle: Und der Raubritter! — Heiterkeit)

— Allerdings, Herr Kollege Oechsle, es gibt dort weniger Landsitze der Edlen als Burgen der Raubritter. Das paßt ja auch gut zum Finanzminister.

(Abg. Dr. Schweiger: Ein Bayreuther „Siegfrieds“-Türmchen!)

— Nein, gibt es leider nicht.

(Abg. Dr. Schweiger: Vielleicht wird's noch!)

— Es sieht nicht so aus, Herr Kollege Schweiger.

(Dr. Pöhner [CSU])

Zu dem von mir erwähnten Begriff der **haushaltmäßigen Konsolidierung** möchte ich folgende Maßnahmen rechnen: Erstens die **Vermeidung jeder neuen Schuldaufnahme**, dagegen, wie der Herr Kollege Gabert schon hervorgehoben hat, die Finanzierung des Außerordentlichen Haushalts aus ordentlichen Haushaltsmitteln, und zwar in einer Höhe von immerhin 100 Millionen DM. Auch diese Methode widerspricht eigentlich den klassischen Regeln der Finanzwissenschaft, die besagen, daß bauliche Investitionen grundsätzlich durch langfristige Schuldnahmen zu decken sind. In diesem Fall aber halte ich die vom Finanzministerium geübte Methode für durchaus richtig, ja sogar für notwendig; denn die klassischen Regeln setzen voraus, daß ordentliche Haushaltsmittel für dringende bauliche Verpflichtungen nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Die mögliche Finanzierung des Außerordentlichen Haushalts durch Mittel des Ordentlichen Haushalts ist übrigens auch ein Zeichen dafür, wie außergewöhnlich überall unsere gegenwärtigen Situationen sind, so daß sie nicht mit den herkömmlichen Begriffen gemessen werden können. Die klassische Finanzwissenschaft setzt in ihren Grundsätzen eine ausgabefreudige Regierung und demgegenüber ein diese Ausgaben bremsendes Parlament voraus. Wir wissen, auch diese Regel ist längst überholt. Ich sage das ohne jeden Vorwurf; denn diese Wandlung ist letzten Endes nichts anderes als ein Ausdruck unserer veränderten Gesellschaftsstruktur gegenüber dem liberalen Staat des 19. Jahrhunderts.

Eine zweite wichtige Konsolidierungsmaßnahme ist die außerplanmäßige, also eine über die rechtlichen Verpflichtungen hinausgehende **Schuldentilgung** in Höhe von ebenfalls 100 Millionen DM. Mit diesem Betrag werden in erster Linie die hochverzinslichen Darlehen weggefertigt, die der Staat früher einmal in Perioden eines engen Kapitalmarkts und eines hohen Zinses aufgenommen hat. Hierzu ist noch eine Verminderung des Umlaufs an Steuergutscheinen, ebenfalls im Betrag von 50 Millionen DM, zu rechnen. Diese Maßnahmen, meine Damen und Herren, sind, meine ich, sehr wichtig. Und hier bin ich nicht ganz im Einvernehmen mit dem Herrn Kollegen Gabert; denn ich möchte sagen, daß die Schuldenlast unseres Landes einen Abbau der Staatsschulden für ratsam erscheinen läßt.

Die dritte, die wichtigste Konsolidierungsmaßnahme — hier bin ich wieder mit dem Kollegen Gabert einig — ist die im Staatshaushalt vorgesehene Zuführung von erheblichen Beträgen in eine **Ausgleichsrücklage**, die man auch als Konjunkturrücklage bezeichnen könnte. Es handelt sich zunächst um eine Summe von 130 Millionen. Dieser Betrag erscheint mir zwar angesichts der Bedeutung, die man einer solchen Rücklage zumessen muß, nicht allzu hoch. Wenn er eines Tages die ihm zugeordnete Funktion erfüllen muß, müßte er noch ganz wesentlich verstärkt werden.

(Abg. Bezold: Ein Trinkgeld!)

Der Herr Finanzminister hat deshalb vorgesehen, daß Haushaltsverbesserungen, die sich im Vollzug des Haushalts ergeben — also höhere Einnahmen gegenüber den Vorausberechnungen —, dazu dienen sollen, die außerplanmäßige Schuldentilgung zu erhöhen, den Außerordentlichen Haushalt zu bedienen und die Ausgleichsrücklage noch zu stärken. Ich möchte den Herrn Finanzminister bitten, im Rahmen seiner Konsolidierungsmaßnahmen gerade der Stärkung der Konjunkturrücklage seine besondere Aufmerksamkeit zu schenken; denn ich bin davon überzeugt, daß diese Konjunkturrücklage als Instrument einer aktiven Staats- und Konjunkturpolitik eines Tages sehr wichtig sein wird. Sie wird dazu dienen, wirtschaftsfördernde Maßnahmen jeglicher Art, zwar nicht erschöpfend, aber wenigstens anregend zu gestalten. Die moderne Wirtschafts- und Finanzpolitik hat, wie es der Herr Minister Eberhard schon ausführte, aus der Vergangenheit gelernt. Sie wird künftige Depressionen — meine Damen und Herren, und nirgends in der Welt gibt es nur Sonnentage! — nicht durch Drosselung der Staatsausgaben und damit durch Einschnürungen des Konsums, sondern vielmehr genau entgegengesetzt durch Anregung des Verbrauchs zu meistern versuchen müssen. Und gerade dazu — —

(Abg. Dr. Schweiger: Hoffentlich gelingt es mit den 130 Millionen!)

— Ich sage ja, es ist zu wenig; es ist nur ein Anfang. Ich appelliere an den Herrn Finanzminister, er möchte auf diese Konjunkturrücklage ein besonderes Augenmerk legen.

Meine Damen und Herren! Den öffentlichen Haushalten kommt im heutigen Konjunkturgeschehen zweifellos eine ganz andere Bedeutung zu als früher. Der liberal denkende Wirtschaftspolitiker mag das zuweilen bedauern, aber die Tatsache selbst ist nicht zu bestreiten. Ich glaube, es warten auf uns in der Zukunft eine Reihe großer **Aufgaben**, die ohne bedeutsame Staatshilfe nicht gelöst werden können. Ich nenne nur die hohen Kosten für die Reinhaltung unserer Gewässer oder unserer Luft und die sonstigen, mit der fortschreitenden Technik und den weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen zusammenhängenden wirtschaftlichen Umstellungsprobleme. Es wäre natürlich sinnlos, ja gefährlich, eine Ausgleichsrücklage zu schaffen, nur damit das Parlament alsbald seine begehlichen Blicke auf diese Summen wirft.

(Abg. Bezold: Darüber herfällt!)

— Darüber herfällt, Herr Kollege Bezold, genau. Hier sollten wir, die wir diesem Haus angehören, in rechter staatspolitischer Einsicht zusammenstehen und uns nicht von parteitaktischen oder parteipolitischen Erwägungen, auch nicht im bevorstehenden Wahljahr, leiten lassen.

(Abg. Dr. Merk: Sehr schön!)

Denn heute ist der öffentliche Haushalt noch der Nutznießer der Hochkonjunktur; er wird von ihr gewissermaßen getrieben. Eines Tages aber, meine Damen und Herren, bedarf die Konjunktur um-

(Dr. Pöhner [CSU])

gekehrt vielleicht wieder des Staatshaushalts, wenn auch nicht als Motor, so doch wenigstens als Anreger und Beschleuniger, und erst dann, meine Damen und Herren, darf diese Konjunkturrücklage in Anspruch genommen werden, also als Stimulus für die Konjunktur in Funktion treten.

Die Bayerische Staatsregierung hat in jüngster Vergangenheit bewiesen, daß sie mit dem Staatshaushalt als einem Instrument der **Konjunkturpolitik** zu spielen versteht. Sie hat z. B. die überschäumende Baukonjunktur in den Brennpunkten des Baugeschehens durch hemmende Maßnahmen gebremst. Man nennt dies ein antizyklisches, also ein gegen den dynamisch gewordenen Konjunkturzyklus gerichtetes Verhalten. Ich möchte in diesem Zusammenhang an den im Frühsommer — oder war es im Frühjahr — dieses Jahres verfügten **Baustop** unserer Staatsregierung erinnern. Er war nicht ein schematischer Baustop für das ganze Land, sondern eine sehr dosiert verabreichte und flexibel ausgestattete Maßnahme. Die Opposition hat diese Maßnahme damals bekanntlich scharf angegriffen; sie hat sie abgelehnt und sie hat die Befürchtung an die Wand gemalt, nunmehr würden nur noch private Villen und Fabriken, aber keine Schulen und Krankenhäuser, geschweige denn Wohnungen mehr gebaut werden. Meine Damen und Herren, heute ist es um diese Vorwürfe eigentlich wieder ruhig geworden. Der Baustop hat sich, wenn wir ihn rückblickend betrachten, zweifellos als eine gute Maßnahme erwiesen.

Meine Damen und Herren, was ist eigentlich passiert? Ich möchte dies an Hand der amtlichen Statistik beantworten. Im ersten Quartal 1961 betrug die Zuwachsrate neu genehmigter Hochbauten, gemessen nach Kubikmetern umbauten Raums, gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bei den Wohnungsbauten plus 21 Prozent, bei den Nicht-Wohngebäuden plus 42 Prozent, also eine nicht sehr erfreuliche, doppelt so hohe Zuwachsrate bei den Nicht-Wohngebäuden gegenüber dem sozialen Wohnungsbau. Im April dieses Jahres, also etwa um jene Zeit, in der die Baustopverfügung erschien oder mindestens die ersten Verlautbarungen bekannt wurden, war das Volumen der Baugenehmigungen, wieder nach Kubikmetern umbauten Raums gerechnet, bei Wohngebäuden und Nicht-Wohnbauten schon gleich groß, und in den folgenden Monaten trat interessanterweise eine gegenläufige Entwicklung ein, also eine Entwicklung zugunsten eines stärkeren Wachstums des Wohnungsbaues und zu Lasten des gewerblichen und des Verwaltungsbaues. Im zweiten Vierteljahr 1961 betrug nämlich die Zuwachsrate an genehmigten Bauten gegenüber dem ersten Vierteljahr beim Wohnungsbau 9,8, also knapp 10 Prozent, während bei den Nicht-Wohnbauten eine recht bedeutende Abnahme von 27 Prozent zu verzeichnen ist, immer wieder nach Kubikmetern umbauten Raums gemessen, damit die Größenordnungen und Relationen zusammenpassen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, diese Zahlen beweisen eindeutig den Erfolg des Baustops. Die Baukonjunktur wurde wieder gebändigt und die düstere Prophetie, der soziale Wohnungsbau würde durch die Regierungsmaßnahmen unter die Räder kommen, ist jedenfalls in der Praxis nicht eingetreten. Ganz im Gegenteil, sein Volumen ist nach dem Baustop sogar noch gewachsen, während, wie ich schon sagte, der gewerbliche Hochbau zurückgegangen ist. Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß man nicht nur die unmittelbar-konkreten, sondern auch die mittelbar-psychologischen Auswirkungen einer solchen Maßnahme hoch in Ansatz bringen muß.

(Abg. Dr. Merk: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Es kam mir darauf an, die **Aspekte des Staatshaushalts 1961** auf solche Weise besonders herauszuheben, weil sie in der Fülle des vom Herrn Finanzminister in seiner Haushaltsrede gebotenen Materials, insbesondere gegenüber dem so außerordentlich wichtigen kommunalen Finanzausgleich, vielleicht etwas zu kurz gekommen sind.

Zusammenfassend betrachtet, ergibt sich jedenfalls die erfreuliche Tatsache — die den ersten Schock über das hohe Haushaltsvolumen mindert —, daß Bayern mit dem Haushaltsjahr 1962 seine konjunkturgerechte Finanzpolitik weiterführen, die direkte Verschuldung um 380 Millionen DM abbauen und durch Wegfall von neuen Verrentungen und Ersatz durch Zuschüsse sogar einer weiteren indirekten Verschuldung, einer zwar unsichtbaren, aber dennoch vorhandenen indirekten Verschuldung aus dem Wege gehen kann, die heute immerhin zwischen 400 und 500 Millionen DM beträgt. Unser bayerischer Finanzminister ist damit den Weg eines sorgsamem Haushaltsvorstandes gegangen und dem Beispiel eines soliden Geschäftsmannes gefolgt, der erst dann wieder ruhig schlafen kann, wenn seine früher zwangsweise eingegangenen hohen Verpflichtungen abgebaut und konsolidiert sind. Trotzdem steht Bayern, Herr Kollege Gabert, nach dieser Maßnahme immer noch an zweiter Stelle in der Verschuldung der Bundesländer. Das ist zwar hinzunehmen, aber es ist keine sehr erfreuliche Tatsache.

Meine Damen und Herren! Die imponierenden Zahlen, die uns in diesem Haushalt entgegentreten, sollten uns weniger glücklich, als vielmehr nachdenklich, um nicht zu sagen bedenklich stimmen. Es sind jedenfalls Zahlen, die uns keinesfalls zum Geldausgeben verleiten dürfen, sondern die von uns ein erhöhtes **Verantwortungsbewußtsein** fordern. Nicht das Ausgeben des Geldes ist die Hauptaufgabe des Parlaments, sondern die verantwortungsbewußte Mitwirkung an der Sicherung der Währung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CSU)

Wir sollten uns bei jeder Ausgabe darüber im klaren sein, daß es das Geld der Steuerzahler ist, das wir verwalten, der Kleinsten, der Kleinen und auch der Großen. Das Geld des Steuerzahlers

(Dr. Pöhner [CSU])

kommt aber im allgemeinen nicht aus einem vollen Beutel, sondern es mußte vorher durch Leistung und Anstrengung oft sauer verdient werden. Das sollten wir stets bedenken. Seien wir uns dessen auch im Laufe der kommenden Haushaltsberatungen immer bewußt!

Meine Damen und Herren! Trotz dieser ernsten Worte: Im Grunde kam natürlich diese sehr positive Entwicklung der bayerischen Finanzen nicht von ungefähr. Gewiß ist sie das Ergebnis einer guten Konjunktur, aber auch diese Konjunktur hatte ihren Ursprung, und dieser war die von der Bundesregierung vertretene und konsequent durchgeführte **Politik der freien Marktwirtschaft**.

(Sehr richtig! und Zustimmung bei der CSU)

Die günstige bayerische Entwicklung hat aber noch einen weiteren Ausgangspunkt, der in der sich vollziehenden **Strukturänderung Bayerns** zum Industrie-Agrarstaat seit 1945 liegt.

(Abg. Bantele: Der Abmeierung! — Abg. Dr. Schweiger: Das war kein volkswirtschaftliches Verdienst!)

Es war das unbestreitbare Verdienst des leider so früh aus unseren Reihen geschiedenen Ministerpräsidenten Dr. Hanns Seidel, daß er die in dieser Strukturwandlung liegende Chance rechtzeitig erkannt hat. Die von den beiden letzten Koalitionsregierungen unter Führung von Dr. Seidel und Dr. Ehard zielbewußt eingeleiteten und ebenso konsequent durchgeführten Maßnahmen zur Hebung der Finanz- und Wirtschaftskraft Bayerns haben heute ihre ersten sichtbaren Erfolge gezeitigt. Dieser Erfolg drückt sich gerade in dem Gesamtbild des Haushalts 1962 aus, eigentlich schon früher, als wir es erwarten konnten. Mit diesem Haushalt ist die Wichtigkeit der bisher von der Bayerischen Staatsregierung verfolgten Wirtschafts- und Finanzpolitik klar bewiesen worden. Das soll aber keineswegs heißen, meine Damen und Herren, daß wir auf wirtschaftsfördernde Maßnahmen künftig ganz verzichten könnten. Wir bewegen uns in der Wirtschaft genauso wie in unseren Haushalten vom Stadium des Aufbaus zum Stadium der Konsolidierung, und besonders die mittelständische Wirtschaft wird uns in weiten Bereichen noch manche Sorge machen. Im bayerischen Grenzland sind die Schwierigkeiten noch nicht behoben, aber auch Teilen der bayerischen Industrie drohen in ihrem Konkurrenzkampf mit den sogenannten Niedrigpreisländern in der Zukunft recht ernsthafte Gefahren. Ich will auf diese Problematik heute im Rahmen dieser Haushaltsdebatte nicht weiter eingehen.

Aber eines möchte ich doch glauben: Auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung ist heute eine Phase erreicht, die uns erlaubt, nunmehr andere große Aufgaben anzupacken: nämlich die **Verbesserung der kulturellen und der sozialen Struktur** unseres Landes. Darin erblickt die Fraktion der Christlich-Sozialen Union ihr künftiges Hauptan-

liegen. Es sind dies Probleme, die den einzelnen Staatsbürger aller Schichten unmittelbar berühren. Die CSU will damit folgerichtig ihre bisherige Politik weiterführen. Zunächst ging es uns um die Verbesserung der Wirtschafts- und der Finanzgrundlagen des Landes. Nunmehr soll verstärkt der Nachholbedarf auf sozialem und kulturellem Gebiet angepackt werden. Dieser Zielsetzung trägt dankenswerterweise der uns vorliegende Haushalt ebenso wie die dazu gegebene Erklärung des Herrn Finanzministers Rechnung. Es sind übrigens Zielsetzungen, die in den früheren Regierungserklärungen unserer Ministerpräsidenten Dr. Seidel und Dr. Ehard immer schon den Grundton abgeben haben. Wir werden dabei aber niemals den Rahmen unserer staatspolitischen Verantwortung gegenüber einer gesunden bayerischen Finanzpolitik überschreiten dürfen, mit anderen Worten: Wenn wir an neue Aufgaben herangehen, so müssen wir auch diese in einem konjunkturgerechten Rahmen abwickeln.

Meine Damen und Herren! Die **Opposition** der SPD hat kürzlich auf ihrer Tagung in Ruhpolding Anträge zum Haushalt 1962 ausgearbeitet. Ich kann es mir versagen, auf diese verschiedenen Anträge im einzelnen einzugehen. Es handelt sich im allgemeinen um Forderungen nach wesentlichen, manchmal auch nach erträglichen Ausweitungen von Ansätzen, die bereits im Staatshaushalt 1962 enthalten sind. Herr Kollege Gabert, Sie haben sich bei dieser Gelegenheit immer wieder — meiner Meinung nach zu oft — beschwert, daß die Initiative immer bei der SPD liege,

(Zuruf von der SPD: Freilich!)

während die Regierung ein Jahr später die Ideen der SPD verwirkliche.

(Abg. Gabert: Das sind Spätzündungen!)

— Herr Kollege Gabert, auch bei uns gibt es eine Reihe von Experten mit Ideen und mit politischer Phantasie, aber man muß eben das Glück haben, die richtige Idee zum richtigen Zeitpunkt herauszubringen.

(Allgemeine Heiterkeit — Beifall bei der CSU — Abg. Gabert: Das durfte nicht kommen! — Weitere Zurufe von der SPD)

Wir sind uns, meine Damen und Herren, völlig darüber im klaren, daß die von uns für die nächsten Jahre geplanten Maßnahmen im kulturellen und im sozialen Bereich große Anforderungen an die künftigen Haushalte stellen werden. Wir werden aber dabei, wie ich schon betonte, niemals den Rahmen unserer staatspolitischen Verantwortung gegenüber einer gesunden bayerischen Finanzpolitik überschreiten. Wir werden auf jeden Fall konjunkturgerecht handeln.

(Zuruf von der SPD: Ihr werdet's euch schon überlegen!)

In den Verlautbarungen der SPD-Fraktion kündigt sich unter Berufung auf die derzeit guten Staatsfinanzen noch eine Reihe weiterer Anregungen, besser gesagt: Anforderungen, zu den Haus-

(Dr. Pöhner [CSU])

haltsberatungen an. In diesen Verlautbarungen heißt es u. a., es werde sich dann zeigen, ob die Regierungsparteien den politischen Willen zur Durchführung der von der Sozialdemokratischen Partei angesprochenen Probleme beweisen. Sie fügt hinzu, daß die finanziellen Mittel zweifellos vorhanden seien.

(Abg. Gabert: Sehr gut!)

Dazu möchte ich, Herr Kollege Gabert, folgendes sagen: Bei den von der SPD angesprochenen Problemen dreht es sich durchwegs um solche, die bereits in der Diskussion stehen. Die Tatsache, daß finanzielle Mittel vorhanden sind, kann für die Christlich-Soziale Union bei ihren Beschlüssen nicht entscheidend sein. Entscheidend ist allein die Tatsache, ob die Ausgabe dieser Mittel in dem gewünschten Zeitraum auch verantwortet werden kann.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Wir werden uns keineswegs auf eine Politik des gegenseitigen Übertrumpfens einlassen, auch nicht im Wahljahr.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind der Meinung, daß unser Herr Finanzminister mit seinem **kommunalen Finanzausgleich** eine gute Konzeption entwickelt hat, deren Durchführung nur auf Grund der von ihm aufgezeigten guten Finanzlage möglich ist, und mir scheint, daß dieser Finanzreform im Staatshaushalt eine gewisse Priorität gebührt. Außerdem meine ich, man sollte den, der freiwillig zu geben bereit ist, nicht dadurch bestrafen, daß man ihm noch mehr abfordert.

(Abg. Gabert: Und wir von der Opposition schweigen?)

— Ja, das ist gut!

(Abg. Gabert: Gut? Das könnte Ihnen passen!)

Wir von der CSU werden mit den Programmpunkten der SPD einig gehen, soweit diese mit unseren eigenen Vorstellungen über diesen Haushalt zu vereinbaren sind.

(Abg. Dr. Schweiger: Das wird wahrscheinlich nicht der Fall sein!)

Wir werden aber gegebenenfalls auch den Mut zu einer unpopulären Ablehnung aufbringen,

(Zuruf des Abg. Gabert)

wenn die Forderungen und Wünsche der SPD unsere Vorstellungen von einer verantwortungsbewußten Finanzpolitik übersteigen.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir dürfen doch eines nicht übersehen: Die Staatsausgaben werden doch nicht allein bestimmt durch die hier in diesem Hause behandelten Anträge; die mehr ins Gewicht fallenden Staatsausgaben resultieren doch zwangsläufig aus Rechten und Gesetzen und aus Verwal-

tungsaufgaben, die uns als den Landtag nicht betreffen. Dort gibt es Tausende von kleinen und großen Forderungen, die einfach erfüllt werden müssen. Eine in der Verantwortung stehende Regierungspartei muß auf diese Dinge sehen, meine Damen und Herren, und kann sich nicht durch die neuen Programmpunkte der SPD aus ihrer Konzeption bringen lassen.

(Zuruf des Abg. Gabert)

Wenn ich vorhin von den Wünschen der Christlich-Sozialen Union um eine **Strukturverbesserung** Bayerns im sozialen und kulturellen Bereich gesprochen habe, so lassen Sie mich einige dieser unserer Ziele in Kürze noch anführen.

Ich beginne mit der **Landwirtschaft**, deren Existenz sehr weitgehend die Sozialstruktur Bayerns bestimmt. Ich beginne schon deshalb mit der Landwirtschaft, weil aus dem eben abgeklungenen Bundestagswahlkampf noch einige Untertöne von den Liebessklärungen mitschwingen, die alle im Bundestag vertretenen großen Parteien der Landwirtschaft gegenüber abgegeben haben. Bei landwirtschaftlichen Themen scheint es also in Zukunft mehr Einhelligkeit zu geben als bisher unter der Voraussetzung, daß diese Liebe noch länger anhält. Die Bayerische Staatsregierung jedenfalls hat ihre echte Liebe zur Landwirtschaft

(Abg. Gabert: Echte Liebe!)

dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie das Haushaltsvolumen des Landwirtschaftsministeriums in den letzten vier Jahren von 271 Millionen DM auf 381 Millionen DM gesteigert hat ohne Berücksichtigung der 56 Millionen DM Bundesmittel für die Milchprämie.

(Vereinzelter Beifall)

Erfreulich ist, daß im neuen bayerischen Haushalt der Tbc-Pfennig in seinem Charakter als Qualitätspfennig weiterhin gewährt wird. Das Hauptaugenmerk der Bayerischen Staatsregierung sollte aber auch künftig der weiteren Rationalisierung und Technisierung der Landwirtschaft gelten; denn nur über diesen Weg gelangen wir zur notwendigen Steigerung der Produktivität, und nur auf solche Weise können wir unser dringendes soziologisches landwirtschaftliches Problem lösen, nämlich die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe. Die sogenannte Althof-Sanierung sollte in ihrer Bedeutung ebenfalls nicht unterschätzt werden, genau so wenig wie die Kleinkredite zur Forcierung der besseren technischen Ausstattung unserer Bauernhöfe.

Der Staatshaushalt 1962 schafft auch wesentliche Voraussetzungen auf dem Gebiete des Wohnungsbaus, der Verkehrserschließung, des Wasserbaus, der Abwässerbeseitigung, der Wirtschafts- und Grenzlandförderung, der Gesundheitsfürsorge und der Sicherheit — alles Maßnahmen, die auf der Linie liegen, wie sie von der Fraktion der Christlich-Sozialen Union als künftige Leitlinie der Landespolitik verfolgt werden wird. Im Haushaltsplan sind meines Erachtens die dafür einschlägigen Titel zunächst finanziell ausreichend dotiert.

(Dr. Pöhner [CSU])

Die finanzielle Ausstattung derselben konnte sich naturgemäß nicht nach den Wünschen der Betroffenen, sondern sie mußte sich nach den Möglichkeiten der vorhandenen wirtschaftlichen Kapazitäten richten. Dieser Grundsatz muß auch künftig Gültigkeit behalten; denn eine klug planende Finanzpolitik schafft nicht Haushaltsreste, sondern sie sucht möglichst das Gleichgewicht zwischen dem Haushaltsansatz und der effektiven Ausgabe zu erreichen.

Der Haushaltsplan 1962 erlaubt es glücklicherweise, einige mehr durch ihre soziale Bedeutung als durch ihre finanzielle Größenordnung gekennzeichnete Aufgaben einer hoffentlich baldigen Lösung zuzuführen. Ich nenne zunächst, ebenso wie der Herr Kollege Gabert, die Fürsorge für die Alten im **Landesplan für Altenhilfe**. Es ist sehr dankenswert, daß der vorliegende Haushaltsplan die Errichtung von zunächst 1000 Altersheimplätzen fördert. Es ist dies der erste Schritt zu einem Mehrjahresprogramm. Ich darf, glaube ich, ruhig sagen: es ist dies eine sozialpolitische Tat besonderen Ranges.

(Sehr richtig!)

Einem Staat, der auf eine volle Wirtschaftsblüte und auf gute Steuerquellen hinweisen kann, stünde es auch wahrlich schlecht an, wenn er seine alten Menschen vergäbe.

(Sehr gut!)

Ich darf mir deshalb die Anregung an den Herrn Finanzminister erlauben, vielleicht schon im Ergänzungshaushalt 1962 die Mittel für die Errichtung von Altersheimplätzen zu erhöhen und das einmal begonnene Werk in den folgenden Haushaltsjahren auch zügig fortzuführen. Denn wenn auch Sozialpolitik in die Zuständigkeit des Bundes fällt, so kann doch das Land nicht außerhalb derselben stehen. Es ist sehr dankenswert — ich möchte dies betonen —, daß sich unsere Staatsregierung nicht durch Kompetenzhinweise, etwa auf den Bund, ihrer sozialpolitischen Verpflichtung entziehen will. Denn, meine Damen und Herren, die moderne Industriegesellschaft hat in einem immer stärkeren Maße die **Frau** in die Berufstätigkeit einbezogen. Das löst eine Fülle von sozialen Konsequenzen aus; denn nicht immer verbirgt sich hinter den glänzenden Fassaden des Wohlstands auch nur Glanz. Es gibt dahinter auch manche Stube und manche Wohnung, in der Sorge und Elend Wohngenossen sind. Diesen Konsequenzen sucht unsere Staatsregierung dadurch zu begegnen, daß sie bereit ist, in stärkerem Maße Kindergärten zu fördern, Erziehungsberatungsstellen zu unterstützen, die Familien- und die Müttererholung stärker zu dotieren und schließlich auch der Hauspflege bei erkrankten Müttern und den Dorfhelferinnen ein stärkeres Augenmerk zu schenken. Frau Kollegin Nägelsbach freut sich schon.

Es sind dies, meine Damen und Herren, alles von der großen Öffentlichkeit leider zu wenig beachtete, im großen Wirtschaftsgeschehen scheinbar so un-

wichtige, beiläufige Dinge. Tatsächlich aber vollzieht sich auch in diesem Wirkungsbereich eine große **sozialpolitische Staatsaufgabe**. Es ist überhaupt recht bemerkenswert, wie sehr die Sozialpolitik in ihrer Gesamtbedeutung von der Allgemeinheit verkannt wird. Da ich bekanntlich selbst durch ein Ehrenamt sozialpolitisch stärker engagiert bin — der Herr Kollege Dr. Oechsle weiß es —, reizt es mich besonders, hier mit ein paar Worten und mit ein paar Zahlen einen Hinweis zu geben. Die gesamten Sozialausgaben im Lande Bayern, also die Ausgaben der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung einschließlich der Familienausgleichs- und der landwirtschaftlichen Alterskassen sowie der Kriegsopferversorgung, werden nach den Schätzungen des Landesprüfungsamtes im kommenden Jahr, also 1962, etwa 4,7 Milliarden DM ausmachen. Setzen Sie, meine Damen und Herren, diese Zahlen in Vergleich zum gesamten bayerischen Staatshaushalt, dann werden Sie selbst ihre soziale Bedeutung und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft ermessen können. Ich betone ausdrücklich, auch für die Volkswirtschaft.

Und noch eine andere Ziffer ist sehr interessant und für die Öffentlichkeit überraschend: Aus dem **Soforthilfe- und Lastenausgleichsgesetz** sind seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, also seit dem Jahr 1949, insgesamt etwa 7,3 Milliarden DM in Bayern ausbezahlt worden. Von dieser Summe wurde in Bayern selbst nur ein Betrag von knapp 5 Milliarden DM aufgebracht, so daß der bayerischen Volkswirtschaft ein Gesamtbetrag von 2,3 Milliarden DM im Rahmen dieses Gesetzes aus anderen Bundesländern zugeflossen ist. Außerdem soll auch einmal am Rande erwähnt werden, daß nicht weniger als 180 000 Wohnungen im gleichen Zeitraum durch sog. Aufbaudarlehen aus dem Lastenausgleichsgesetz, allerdings im Verbund mit anderen Mitteln, gefördert wurden. Alles in allem also eindrucksvolle Summen, die auf dem Gebiet der aktiven Sozialpolitik zur Stärkung der bayerischen Wirtschaftskraft wesentlich beigetragen haben.

Meine Damen und Herren! Der bayerische Haushalt 1962 konzentriert seine Ausgaben und seine Aufgaben auf bestimmte **Schwerpunkte**, und auch das ist ein besonderes Charakteristikum dieses Haushalts. Der Herr Staatsminister der Finanzen hat Gott sei Dank der Versuchung widerstanden, aus seiner Fülle jedem etwas zu geben, jeden zu beschwichtigen und damit seine Mittel zu zersplittern. Er hat vielmehr, einer klaren staatspolitischen Konzeption folgend, Schwerpunktaufgaben mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung angepackt.

Bayerns Domäne ist bekanntlich die **Kulturpolitik**. „Kulturpolitik ist weder eine Frage des Geldes noch eine Frage der Räume, sondern eine Frage der Idee.“ Mit diesen kühnen Worten hat unser Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus kürzlich einmal in bewährter Manier und in seiner bekannten vollendeten Formulierungskunst die Kulturpolitik definiert. Wenn ich mir aber die Übersicht in der Anlage 2 des Haushalts 1962 vornehme und

(Dr. Pöhner [CSU])

die Schwerpunktaufgaben betrachte, dann finde ich dort für Schwerpunkte insgesamt einen Betrag von 3,1 Milliarden DM ausgeworfen. 1,1 Milliarden DM, also mehr als ein Drittel dieser Schwerpunktsätze der Staatsregierung, beansprucht der Herr Kultusminister.

Wir sehen also, auch er lebt nicht von Ideen allein, und es ist anerkennenswert, daß er es verstanden hat, seine Ideen mit den entsprechenden materiellen Forderungen zu untermauern.

(Bravo!)

Die Fraktion der CSU möchte ihm dafür ausdrücklich danken. Sie begrüßt es aber ebenso dankbar, daß der Herr Finanzminister mit seinen Haushaltsziffern den Notwendigkeiten einer bayerischen Kulturpolitik in einer respektablen Größenordnung Rechnung getragen hat. Die Vermehrung der Lehrstühle an den Hochschulen im Haushalt 1962 um nicht weniger als 70 und auch die Mehrung sonstiger Planstellen im Kultusbereich lassen überzeugend erkennen, daß das Land Bayern gewillt ist, die Vorschläge des Wissenschaftsrats auch in die Tat umzusetzen. Wir wünschen allerdings dem Herrn Kultusminister, daß es ihm gelingen möge, diese Planstellen auch mit den entsprechenden Persönlichkeiten zu besetzen, gewiß eine nicht ganz leichte Aufgabe.

Was nun die Neugründung einer **vierten bayerischen Landesuniversität** betrifft, so ist darüber eine Entscheidung zu 100 Prozent noch nicht gefallen. Zu schwer lagert über dieser Entscheidung noch das Gewicht der damit verbundenen Kosten. Auch die Priorität des Ausbaus der bestehenden Universitäten darf durch eine solche Entscheidung nicht angetastet werden. Was aber den Ort dieser neuen Universität anlangt, so kann nur eine Stadt mit großer geschichtlicher Tradition und mit einem starken eigenen kulturellen Angebot in Frage kommen. Wir brauchen eine Universitätsstadt und eine Universität, in der die jungen Leute nicht ihren Lebenshungrer, sondern ihren Bildungshunger stillen wollen.

(Abg. Bezold: Die wollen beides haben!)

Herr Kollege Schlichtinger, ich glaube also, Sie haben mich schon etwas verstanden: Licht über Regensburg!

(Abg. Dr. Merk: Das ging gerade aus!)

Das Versprechen, das Papst Innozenz VIII. damals Ihrem Vorgänger gegeben haben soll — so habe ich das in Ihren Ausführungen in einer Begrüßungsansprache anlässlich des Empfangs des Landesverbands der Bayerischen Industrie in Ihrem schönen Rathaus verstanden —, dieses Versprechen des Papstes Innozenz VIII. kann Ihnen heute oder morgen nur die Christlich-Soziale Union einlösen,

(Große Heiterkeit)

denn ihr Gewicht allein gibt bekanntlich in diesem Hause den Ausschlag.

Und nun zu einer — ich bin vorsichtig — vielleicht künftigen **Universitätsstadt Regensburg** lassen Sie mich noch einen ganz persönlichen Gedanken anfügen: Die natürliche, aus Tradition, Konfession und Landschaft entspringende geistige Spannung, die sich zwischen den Universitätsstädten Erlangen und Regensburg eines Tages entwickeln könnte, hätte etwas sehr Interessantes, für mich geradezu etwas Faszinierendes an sich; denn diese natürliche, gesunde Spannung wäre zweifellos ein Spiegelbild gesamt-bayerischen Kulturlebens.

Da ich in der CSU und in diesem Hause das fränkische Element mit zu vertreten habe, darf ich dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus auch die fränkischen Belange und Kulturprobleme besonders ans Herz legen. Ich denke dabei zunächst an meine Universität Erlangen-Nürnberg, aber ebenso sehr an die bekannten Ausbauprojekte in Würzburg.

Vor allem hoffe ich, daß es den gemeinsamen Bemühungen des Kultus- und des Finanzministeriums gelingen möge, das räumliche Problem in **Erlangen** zu lösen, das sich zwar in bester Weise anbietet, das finanziell allerdings nicht ganz unbedeutend, aber für die Entwicklung dieser mächtig aufstrebenden fränkischen Universitätsstadt von erheblicher Wichtigkeit ist.

Als Abgeordneter, der beruflich zur Wirtschaft gehört, sei es mir gestattet, noch zwei besondere Punkte des Kultushaushalts zum Schluß anzusprechen, einen kleinen und einen großen Punkt. Ich finde im Haushalt zwar keinen **Lehrstuhl für Entwicklungshilfe**, Herr Kollege Gabert, aber doch einige Planstellen zur beamtenmäßigen Sicherung von Lehrpersonen und Wissenschaftlern, die in die Entwicklungsländer gehen sollen. — Ich glaube, das ist für den Anfang befriedigend. Für die Aufgeschlossenheit diesen Problemen gegenüber gebührt dem Herrn Kultusminister besonderer Dank; denn auf solche Weise müssen die deutschen Länder die Grundlagen für ein wichtiges Kapitel der künftigen Außenpolitik auf dem Gebiete der Kultur legen. Denn die Entwicklungsländer können nicht vom Gelde allein leben, das man ihnen schickt. Auch hier muß, genauso wie beim Herrn Kultusminister, am Anfang die Idee stehen.

Der zweite Punkt, den ich noch berühren wollte, ist die Frage des **technischen Nachwuchses**. Herr Kollege Gabert, wir wollen uns hier in diesem Hause nicht um die Priorität dieser Förderung streiten, sondern wir wollen uns gemeinsam freuen, daß dieses für die Entwicklung der bayerischen Wirtschaft so wichtige Problem in wirklich großzügiger und vorausblickender Weise von der Staatsregierung in einem Fünfjahresplan angepackt und auch einer Lösung zugeführt wird. Ich darf, Herr Kollege Gabert, auch für mich persönlich in Anspruch nehmen, daß mich das Problem seit Jahren beschäftigt. Es ist mir nunmehr gelungen, zusammen mit meinen Freunden im Rahmen dieser Aufgabe eine vorbildliche, sachliche und von jeder Interessentenpolitik freie Zusammenarbeit auch mit der bayerischen Industrie herzustellen. Hinter dem

(Dr. Pöhner [CSU])

Fünfjahresplan des technischen Nachwuchses wird nach seiner Erfüllung die bedeutsame Summe von etwa 95 Millionen DM stehen, eine Leistung, auf die Bayerns Kulturpolitiker bestimmt stolz sein können.

Mit dieser Feststellung möchte ich meinen Beitrag zum Staatshaushalt 1962 beenden. Ich habe die Kulturpolitik bewußt an den Schluß gestellt, weil deren Probleme und Aufgaben in Bayern schier unerschöpflich scheinen. Wir sollten uns eigentlich über diese Tatsache freuen, denn darin liegt eine starke und eigenständige Substanz unseres bayerischen Landes und unseres bayerischen Volkes.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Hanauer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Wüllner.

Dr. Wüllner (GB): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir sind am letzten Dienstag Zeuge einer Rede gewesen, die, so glaube ich, eine außerordentliche Bedeutung über den Rahmen dieses Hauses hinaus gewinnen könnte. Es war doch bedeutsam, daß unser Herr Finanzminister am vierten Jahrestag seines Wirkens Pläne dargelegt hat, die bestimmt nicht allein den Haushalt selbst betreffen, sondern die in finanzpolitischen Erwägungen aller Art gipfelten und vor allem auch die bekannten „heißen Eisen“, zum mindestens einen Teil davon aufgriffen. Gerade in einem Augenblick, in einer Zeit des finanzpolitischen Interregnums in Bonn hat unser Finanzminister Gedanken entwickelt, die hinaufstrahlen müßten nach Bonn, weil sie gerade dort erhebliche Beachtung finden sollten. Er hat dabei auch Gedanken entwickelt, von denen wir sagen könnten, daß sie, vielleicht sogar noch deutlicher gesagt, offenkundig auch aus dem Munde eines **Bundesfinanzministers** hätten kommen können, als er uns nämlich hier vor Fragen stellte, die zu lösen keinesfalls diesem Hause allein möglich sein wird, auch nicht den Finanzministern der Länder untereinander. Sie zu lösen, wird das Wechselspiel der Kräfte zwischen Bund und Ländern erforderlich sein. Gerade das ist ein Gebiet, das wir nicht unbeachtet lassen können, wenn wir den Fragen des kommunalen Finanzausgleichs nähertreten wollen.

Vielleicht darf ich aber mit einer heiteren Bemerkung meine Ausführungen beginnen, nämlich mit der, die am Freitag bei der Hebefeiher für die Staatsoper in München der Roider Jackl getan hat, die witzig gedacht war und witzig gekommen ist, und die doch ihre innere Berechtigung hat und die zweifellos eine Anerkennung für den Finanzminister in ganz besonderem Maße mitenthält. Denn der Roider Jackl meinte:

Jetzt san de Frank'n in Baiern
150 Jahr' an der Macht;
Und es besteht gar koa Aussicht,
Daß dös System z'sammakracht.

Er hat damit sicherlich ein sehr richtiges Wort ausgesprochen und wir sollten ihm für diese Äußerung just in dem Augenblick dankbar sein, wo in Bonn ein Vakuum herrscht, als wir vernehmen mußten, daß unser Bundesbankier Etzel von heute auf morgen zum Privatbankier geworden ist und an seiner Statt eine noch unbekanntere Persönlichkeit, besser ein unbekanntes X steht, genau in einem Augenblick, da die gesamte Öffentlichkeit von uns — und natürlich auch im Bundesbereich — erwartet, daß man nach zehn- bis zwölfjährigem Zögern endlich einmal an die große **Finanzreform** herangehen müßte. Denn so nett zum Beispiel die Ausführungen unseres Dr. Eberhard waren, als er unseren Steuerzahlern herzlich dafür gedankt hat, daß sie auch im letzten Jahre wieder ganz erheblich in ihre Tasche gegriffen haben, sind doch die Staatsfinanzen im Bundesgebiet, also die Einnahmen der öffentlichen Hand in diesem Jahre um rund 17½ vom Hundert angestiegen, während wir beim Sozialprodukt höchstens eine Steigerung von 10 vom Hundert erwarten dürfen. Genau in diesem Augenblick hätte der Steuerzahler — das ist kein Vorwurf, aber eine sehr wichtige Feststellung — erwartet, daß man sich auch von seiten des bayerischen Finanzministers, wenn man schon über den Bereich Bayerns hinausgreift, auch mit dem Problem der **Steuersenkungen** befaßt. Ich glaube, es müßte unser aller gemeinsame Aufgabe sein, immer daran zu denken, die Steuern zu senken. Wir haben praktisch aber nur davon etwas gehört, daß neben den sehr erfreulichen Zahlen aus unserem eigenen Haushalt, neben der Tatsache, daß es möglich war, den Außerordentlichen Haushalt aus den Mitteln der ordentlichen Einnahmen zu bestreiten, dabei doch erforderlich gewesen wäre, jetzt auch einmal weiter zu gehen und konkret zu sagen, wie man sich nicht bloß die Verteilung, die **Neuverteilung** des Kuchens vorstellt, sondern vor allem die Verkleinerung des Kuchens, eine **Neufassung** des Kuchens in einem moderneren Gewand. Denn das, was unser Herr Finanzminister vorgeschlagen hat, ist im Grunde nur die Umverteilung, sicherlich eine sehr vernünftige Umverteilung, als er dabei endlich jenem Teil der Selbstverwaltung Gerechtigkeit widerfahren lassen will, dem bisher keinerlei Gerechtigkeit widerfuhr.

Die **Gemeinden**, vor allem die kleinen Gemeinden, haben zum Beispiel — obwohl man im letzten Jahr bei uns so viel von Entwicklungshilfe sprach — von einer wirklichen Entwicklungshilfe in dem letzten Jahrzehnt nicht allzu viel zu spüren bekommen. Ich darf mich darauf berufen, daß der Bayerische Gemeindetag im August 1961 im Sonderdruck „Entwicklungshilfe für unsere Gemeinden“ darauf hinwies, daß wir in einem Großteil unserer unterentwickelten Dörfer Menschen vorfinden, die wir praktisch nur als Bürger II. Klasse betrachten können. Da aber 40 vom Hundert der Bevölkerung in Gemeinden unter 5000 Einwohnern wohnen, da diese 40 vom Hundert zum Großteil, gemessen an der Versorgung mit Gemeindeleistungen, hinter jenen der Bürger der Großgemeinden zurückstehen müssen, ist es schon erwägenswert, hier endlich einmal ernst zuzugreifen. „Es sei kein

(Dr. Wüllner [GDP])

Zufall“, meint Thoma in diesem Sonderdruck, „daß der bevorzugte Städter von einem ‚Kaff‘ spreche, von dem elenden, staubigen Nest, weil ihm einfach die einfachsten Voraussetzungen modernen Lebens fehlten.“ Er erwähnt einwandfreie Wasserversorgung, Kanalisation, befestigte Wege, befriedigende Verkehrsverbindungen, das Wohnen in überalteten Häusern ohne Bad, WC und ohne entsprechende Heizung, ganz zu schweigen von dem uns allen bekannten Übelstand, daß wir ein- bis dreiklassige Volksschulen im Großteil dieser Gemeinden vorfinden, die selbst die Lehrer meiden, weil sie natürlich auch unter günstigeren Umständen leben möchten, als sie dort gegeben sind.

Zu diesem Punkt darf ich ja wohl annehmen, daß der Herr Ministerpräsident im Zusammenhang mit meiner mündlichen Anfrage im Plenum am 4. Juli dieses Jahres, da er zugesagt hat, im Herbst einen ausführlichen Bericht über die Vorhaben der Staatsregierung auf dem Gebiete der **Entwicklungshilfe** außerhalb der Bundesrepublik zu erstatten, sicherlich auch mit einigen Worten die Entwicklungshilfe innerhalb Bayerns mitbehandeln wird; denn das ist nun einmal ein wirklich zusammengehöriger Bereich. Wir können nicht auf der einen Seite in unseren eigenen Gemeinden ein ungeheures Gefälle zulassen, wir können nicht zusehen, daß diese Gemeinden veröden. Wir können uns nicht mit Erfolg gegen die Landflucht wenden, wenn wir auf der anderen Seite nur an jene denken, die zum großen Teil gar nicht daran denken, mit unserer D-Mark in Übersee vernünftig zu wirtschaften, weil ihnen dafür vielfach noch die Voraussetzungen fehlen.

Nicht zuletzt deshalb hat ein dem Finanzminister nicht ganz erwünschter Bund der Steuerzahler in der letzten Zeit darauf hingewiesen, daß wir erst einmal unsere eigenen entwicklungsmäßig dringlichen Vorhaben ausreichend dotieren müssen. Und wenn ich, um es nicht zu übersehen — der Herr Kultusminister ist leider nicht mehr anwesend —, gleich eines unserer Lieblingsgebiete heraushebe, das auch vom Herrn Kollegen Dr. Pöhner eben erwähnt worden ist: **Regensburg**, dann darf ich doch wohl sagen, daß wir in einer Zeit der Überfülle, in einer Zeit leben, in der wir wirklich einen Überfluß-Haushalt haben, so daß wir jetzt an die Gründung der Universität Regensburg nicht nur gehen sollten, sondern — das ist auch die Auffassung der Gesamtdeutschen Partei und darüber hinaus sehr vieler Kollegen in diesem Hause — jetzt gehen müssen. Es hat keinen Sinn, diese Aufgabe auf die lange Bank zu schieben. Wir alle wissen es, und der Herr Finanzminister weiß es weit aus besser, daß in den letzten drei Jahren der Bau-Index eine geradezu schwindelnde Höhe erreicht hat. Einem Bau-Index von 100 im Jahre 1958 steht gegenwärtig ein Bau-Index bei Gebäuden von 125, bei Innenausbauten sogar von 131 gegenüber. Wenn man weiß, daß dieser Bau-Index gerade im letzten Jahr besonders rasch hinaufgeschneit ist, wenn man fürchten muß, daß die zum Teil sehr erheb-

lichen und wohl in dieser Höhe nicht immer ganz gerechtfertigten Lohnforderungen der letzten Zeit ein weiteres Anschwellen dieses Bau-Indexes erwarten lassen, dann müßte eigentlich ein Vorhaben, wie es Regensburg ist, bevorzugt aufgegriffen werden. Denn mit jedem Monat, mit dem wir es länger anstehen lassen, gehen Millionen dahin, ohne daß wir uns darüber im klaren sind, warum ein solches Bauvorhaben dann so sehr verteuert wird. Wir haben im übrigen auch bei der Staatsoper in München gesehen, wie rasch die Bausummen geklettert sind und noch klettern.

Eines dürfen wir nicht übersehen, und dabei sollten wir an ein Wort denken, das unlängst in der Presse herausgehoben worden ist. In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 20. Oktober ist in dem Aufsatz „Müssen Steuern so sein?“ davon gesprochen worden, es entstünden als Folge von **Konjunktur und Steuerprogression** die immer größer werdenden Staatsüberschüsse, die demjenigen zurückerstattet gehörten, der zu viel bezahlt hat: dem Bürger. Also auch hier der Gedanke: Nicht einfach Umverteilen, sondern sich den Kopf zerbrechen, wie man nun die Steuern dort, wo sie überhöht sind, mindern könnte. Wenn auch Herr Kollege Dr. Pöhner recht hat, daß wir in einer Reihe dieser Fragen nicht allein vom bayerischen Parlament aus entscheidend eingreifen können, so glaube ich, daß wir doch — ebenso wie bei der Verteilung der Lasten zwischen Bund, Land und Gemeinden — Vorschläge machen können, die vielleicht auch nicht von heute auf morgen verwirklicht werden, die aber bestimmt von heute auf morgen beraten werden können und die aufzugreifen sich sicher lohnt. Bitte, denken Sie doch nur an ein Gebiet, das alle Kreise besonders berührt. Ich meine eine Steuer, die wohl die breite Öffentlichkeit besonders trifft: die **Umsatzsteuer**. Wenn man sich vor Augen führt, daß diese Umsatzsteuer im Juli 1918 als Notstandsmaßnahme von der damaligen Reichsregierung mit dem ausdrücklichen Hinweis eingeführt worden ist, kein Mensch denke daran, etwa nach dem Ende des Krieges diese Steuer noch weiter bestehen zu lassen, dann muß man sagen, daß die Reichs- und Bundesregierungen der Zeit nach 1918 doch wohl sehr vergeßlich waren. Denn inzwischen haben sie dieser Steuer eine Bedeutung beigemessen, die jene aller übrigen Steuern des Bundes übertrifft. Mit rund 45 vom Hundert — wahrscheinlich ist es heuer noch mehr — aller Steuereinnahmen des Bundes hat die Umsatzsteuer mit heute 18 Milliarden ein Ausmaß erreicht, das sich leider nicht nur sehen lassen kann, sondern das sich in der privaten Marktwirtschaft, auf die auch Herr Kollege Dr. Pöhner mit Recht Bezug genommen hat, in dieser Form einfach nicht mehr vertreten läßt. Sie ist in einem Ausmaß wettbewerbsfeindlich, daß es hoch an der Zeit ist, hiergegen offen anzukämpfen. Wir würden es begrüßen, wenn — sei es über den Bundesrat, sei es bei den Aussprachen der Finanzminister — unser Herr Dr. Eberhard auch dieses heiße Eisen aufgriffe, eines, das in Bayern besonders stark als Belastung empfunden wird. Wenn Sie nämlich daran denken, daß sicherlich der Schöpfer der Umsatzsteuer, Pro-

(Dr. Wüllner [GDP])

fessor Dr. Popitz, seinerzeit nie davon geträumt hat, Milliarden der Wirtschaft zu entziehen, oder aber Milliarden-Geschenke zu machen, wie dies im Jahre 1958 geschehen ist, als man das Organschaftsprivileg für die Großkonzerne geschaffen hat und den Großkonzernen jährlich mindestens eine halbe Milliarde DM aus diesem Titel in die Hand gedrückt und im Grunde damit den Steuerzahler belastet hat, dann hat man damit eine Wettbewerbsverzerrung geschaffen, die in dieser Form nicht mehr vertretbar ist.

(Abg. Dr. Becher: Sehr gut! — Beifall)

Wenn heute der Bund der Steuerzahler, wenn heute Handel, Handwerk und Gewerbe, wenn heute die breite Öffentlichkeit, aber auch jeder, der eine indirekte Steuer zahlen muß — und das ist leider jeder von uns —, darüber klagt, daß wir eine Überfülle von Kleinststeuern haben, sogenannte Bagatellsteuern — zwanzig dieser Art zählen wir und eine Reihe davon gehen auch auf Kosten des Landes — und sagt, diese Steuern sollten beseitigt werden, dann ist das zwar ein löblicher Gedanke, aber man vergißt, daß diese Steuern im ganzen gesehen 1,3 oder 1,4 vom Hundert des Bundesaufkommens ausmachen. Wie gewaltig ist dagegen der Unterschied, wie gewaltig wäre der Unterschied, würde man endlich bei der Umsatzsteuer Nägel mit Köpfen machen und diese Steuer entsprechend beschneiden. Auch der Weg, den der Bund der Steuerzahler hier vorschlägt — ich kann mir denken, daß er in dieser harten Form nicht begangen wird, nämlich: Senkung von 4 auf 2 Prozent —, wäre ein genereller Schnitt, der also mit 8 Milliarden den Bund beträfe, der aber auch ein Land wie Bayern entscheidend entlasten würde. Das ist eine Möglichkeit; es gibt daneben eine Reihe von anderen, die vorzuziehen sind. Da denke ich vor allem daran, daß es Aufgabe auch unseres bayerischen Finanzministers sein sollte, in einer Zeit der Hochkonjunktur daran zu denken, daß eine ganze Reihe von Schichten unseres Volkes von dieser Hochkonjunktur lange nicht soviel verspürt, wie man gemeinhin annimmt, und daß wir auch schon Erscheinungen eines Abschwingens dieser Hochkonjunktur verspüren.

Es ist doch so, daß man seit zwei bis drei Jahren bei uns in Bayern und überall im Bundesgebiet eine gewaltige Konzentration der Wirtschaft, eine immer mehr steigende Zusammenballung wirtschaftlicher Macht feststellen muß. Diese Zusammenballung wirtschaftlicher Macht wird im Augenblick — ich habe es eingangs angedeutet —, weil die große Steuerreform immer noch nicht gekommen ist, vom Bund einseitig zu Lasten des **Mittelstandes** gefördert. Das ist untragbar. Das widerspricht genau den Gedankengängen, die nicht bloß von der Gesamtdeutschen Partei, nicht bloß etwa vom Mittelstandsausschuß der CDU/CSU in Köln auf ihrer Tagung im Juli 1961 sehr ausführlich behandelt worden sind, sondern das ist eine Tatsache, die sogar auch Finanzminister anderer Länder — ich nenne z. B. den Finanzminister Glahn

von Rheinland-Pfalz — sehr stark bewegt; wir meinen nun, hier müsse etwas von Bund und Land geschehen; hier können wir nicht warten, bis noch so gut gemeinte und natürlich gelegentlich auch überspitzte Vorschläge von seiten der SPD kommen. Hier ist es auch Aufgabe der jeweiligen Staatsregierung, einzugreifen und vorweg tätig zu werden.

(Zuruf des Abg. Bezold)

Am 30. Mai dieses Jahres hat Herr Dr. Eberhard eine bedeutsame Bemerkung gemacht, nämlich: die Politik einer Koalition sollte an sich so gut sein, daß es keiner besonderen Anträge der Koalitionsparteien bedarf — wie dies auch in anderen Parlamenten meist der Fall ist. Ich würde es, am Rande bemerkt, gerne sehen, wenn es auch in Bayern bloß eines Eingreifens der Regierung und nicht unbedingt immer auch der Anträge der einen oder anderen Koalitionspartei im edlen Wettbewerb bedürfte.

(Abg. Gabert: Ein bißchen donnern muß man!)

— Das bißchen Donnern müssen wir ja denjenigen überlassen, von denen wir wissen, daß dahinter nicht unbedingt etwas ist; es kann auch einen Theaterdonner geben.

Das, was ich anschnitten will, ist eine Frage, mit der sich die Bayerische Staatsregierung und vor allem auch Herr Dr. Eberhard bereits wiederholt sehr eingehend befaßt haben. Ich bin ihm dankbar, daß er dem Drängen zahlreicher seiner Parteifreunde und unserer Gesamtdeutschen Partei nachgegeben hat, als er im Juli dieses Jahres erstmalig ein modernes **Refinanzierungsprogramm zugunsten des Mittelstandes** herausgab. Er hat nämlich — hier ist ein kleiner Unterschied zwischen seiner Auffassung und der, die Dr. Pöhner vertrat — zum Unterschied von dieser Auffassung und von der auch sonst vertretenen und nach meiner Auffassung irrigen Meinung, daß man in Zeiten der Hochkonjunktur überhaupt niemand mehr fördern müßte, durchaus eingesehen, daß es vor einem Abschwingen der Konjunktur rechtzeitig bestimmte Kreise zu fördern gilt. Wenn wir also — das wollte ich vorher noch ausführen — bei der jetzt erreichten und immer mehr anwachsenden wirtschaftlichen Zusammenballung vor der Tatsache stehen, daß eine solche Zusammenballung an sich schon ein Abgleiten der Konjunktur andeutet — das ist allgemeine volkswirtschaftliche Auffassung —, dann müssen wir rechtzeitig bei jenen eingreifen, die sich bei einem Abschwung der Konjunktur nicht mehr helfen können. In Bayern, von dem man heute sagen kann — Dr. Pöhner hat das sehr richtig betont —, daß es im letzten Jahrzehnt zu einer gemischtwirtschaftlichen Struktur übergegangen ist, gibt es eine Unzahl von neuen Klein- und Mittelbetrieben, die nicht so festgefügt sind, die nicht so feste Reserven haben, daß sie eine Depression der Wirtschaft ohne weiteres überstehen könnten. Aber erst bei einer solchen Depression einzugreifen, erst dann vielleicht entsprechende Staatshilfe zu leisten, wäre völlig verfehlt und würde auch viel größere Mittel erfordern, als

(Dr. Wüllner [GDP])

wenn wir jetzt der Konsolidierung dieser Betriebe entsprechende Zinszuschüsse und andere Möglichkeiten bieten. Eine solche Möglichkeit — ich habe sie eben erwähnt — ist dieses Refinanzierungsprogramm für den gewerblichen Mittelstand, für das Handwerk und für den Fremdenverkehr. Was bei diesem Programm fehlt, ist die industrielle Mittelschicht, der **industrielle Mittelstand**, das ist jener Mittelstand, dem wir vor allem die große Steigerung der Gewerbesteuer im ganzen Land, aber auch das Ansteigen der übrigen Steuern weitgehend zu danken haben. Diese Betriebe stehen aber gar nicht auf so festen Füßen, sie müßten ebenfalls noch rechtzeitig abgestützt werden. Daraus, daß dieses Programm, das am 18. Juli vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen herausgekommen ist, bereits in wenigen Wochen aus allen Schichten der Bevölkerung mit Anträgen in der Höhe von weit über 25 Millionen DM in Anspruch genommen worden ist, sehen Sie, daß es sich um eine absolute, seit Jahren vernachlässigte Notwendigkeit handelt. Ich darf den Finanzminister dringend bitten, dafür zu sorgen, daß der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, die hiermit ein gewaltiges Neuland erschlossen hat, die entsprechenden Mittel für zinsverbilligte Darlehen zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel werden sich noch weit mehr lohnen als jene Kredite, die in früheren Jahren von dieser Anstalt ausgereicht worden sind. Das ist also ein wichtiger Aufgabenbereich, und ich möchte dringend bitten, daß man dieser Frage ein erhöhtes Augenmerk zuwendet und daß man sich nicht auf die Meinung zurückzieht, die ich von einzelnen sonst mit der Materie sehr gut vertrauten Beamten hörte: Ach Gott, wer in der Hochkonjunktur nicht mehr hochkommt, dem werden wir doch nicht noch weiter auf die Beine helfen. Diese Einstellung wäre das Verfehlteste, was es in diesem Augenblick geben könnte. — Ich darf annehmen, daß wir auf diese Weise etwas zur wirklichen Konsolidierung des Grenzlandes Bayern tun.

Nun darf ich kurz das Kapitel der **Sozialfragen** herausgreifen. Dr. Pöhner sprach von dem **Altenplan**, der nun auch von der Staatsregierung vorgelegt wird. Ohne auf Einzelheiten näher eingehen zu können, möchte ich von der Gesamtdeutschen Partei aus auf einen Umstand hinweisen, der uns seit Jahren beschäftigt und der immer wieder bei unseren Debatten auch der Staatsregierung gegenüber angeklungen ist, nämlich: Man soll nicht die Vorstellung haben, daß der Altenplan nur eine reine Frage der Altenfürsorge ist. Altenfürsorge wäre eine den Begriffen des Wohlfahrtsstaates entlehnte Vokabel. Das, was wir dagegen möchten, wären wohngerechte Altersheime, wäre die Forderung, den Millionen alten Menschen — leider sind wir im Augenblick ein überaltertes Volk — die Möglichkeit zu geben, ähnlich, wie sie es in den Jahren ihres Schaffens getan haben, weiterhin in entsprechender Form zu leben. Das ist eine Aufgabe des gesamten Volkes und vor allem auch des Staates, und hierfür sollten wir erhebliche Mittel aufbringen.

Nicht beipflichten kann ich dem Finanzminister, soweit er seinen Optimismus auf dem Gebiet des **Wohnungsbauprogramms** ausgesprochen hat. Ich glaube, daß wir vor einem viel ernsteren Problem stehen, als man gemeinhin annimmt. Wenn wir berücksichtigen, daß die degressiven Mittel aus dem LAG-Programm und die allgemeinen Wohnungsbaumittel, soweit der Bund welche beisteuert, von Jahr zu Jahr absinken, daß wir aber auf der anderen Seite von Jahr zu Jahr die von mir schon gestreifte gewaltige Erhöhung der Baukosten vorfinden, dann stehen wir doch vor der Tatsache, daß Tausende, die seit Jahren mühselig Mark auf Mark zusammentragen, um sich einmal ein Häuschen schaffen zu können, immer weiter von dem Zeitpunkt wegrücken, in dem sie einmal tatsächlich bauen können. Der Bausparer kommt doch heute der Steigerung der Baupreise und auch der Erhöhung der Preise für den Baugrund gar nicht mehr nach. Er kann förmlich sehen, wie seine Gedanken immer wieder in ein Nichts zerrinnen. Wir sollten uns daher nicht an Zahlen berauschen — ein Eindruck, den man manchmal in der Öffentlichkeit haben könnte —; wir sollten vielmehr den Mut haben, zu sagen: Ganz gleich, wie sich in einem Jahr der Bauindex entwickeln mag, ganz gleich, vor welchen sonstigen Schwierigkeiten etwa der Bauwillige nun stehen wird — wir sind bereit, über die bisherigen Hilfsmittel hinaus, die Bund und Land gewährt haben, dafür zu sorgen, daß eine noch steigende Zahl von Menschen im sozialen Wohnungsbau tatsächlich bauen kann. Es darf nicht so zugehen wie heute, wo 2500 Anträge im sozialen Wohnungsbau unerledigt liegen, weil keine Möglichkeit besteht, sie im laufenden Jahr zu befriedigen. Das ist ein unguter Zustand. Jeder, dessen Antrag monatelang liegen bleibt, der weiß, daß er von Monat zu Monat mehr aufwenden muß und daß er praktisch dieses Mehr an Kosten gar nicht besitzt.

Danken möchte ich dem Herrn Finanzminister für etwas: Wir haben in diesem Hause zu Ende des ersten Halbjahres eine lebhaftige Debatte über einen Antrag der Gesamtdeutschen Partei geführt, die **Grunderwerbsteuerfreiheit** für Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge und ähnliche Gruppen in Form eines Gesetzes auch für Bayern so zu verankern, wie dies in anderen Ländern teilweise möglich war. Der Herr Finanzminister hat sich mit Gründen, die er jedenfalls gut zu formulieren wußte, dieser unserer Forderung widersetzt. Aber er hat etwas getan — und dafür sei ihm eben Dank gesagt —, er hat inzwischen — vor allem trifft dieser Dank auch Herrn Dr. Barbarino — dafür gesorgt, daß das Finanzministerium in einer Entschließung eine **neue Form der praktischen Anwendung** der Hilfe für diejenigen bestimmt hat, bei denen eine Grunderwerbsteuerbefreiung in Frage kommt. Daß dabei Schönheitsfehler unterlaufen sind, darf ich allerdings nicht verhehlen. Es hat sich noch nicht bis in die letzte Behörde hinunter durchgesprochen, daß die Praxis nunmehr so sein sollte, wie es der Herr Finanzminister angedeutet hat, nämlich eine gewisse weiche, entgegenkommende, der Überfülle unserer Staatskassen entsprechende Haltung; das

(Dr. Wüllner [GDP])

ist noch nicht bei allen seinen unteren Stellen verwirklicht worden.

Ich möchte doch bitten, daß man zumindest zwei Punkte berücksichtigt: Wenn diese verbesserten Richtlinien mit Wirkung vom 1. Mai 1961 gelten, sollte man sich doch darüber im klaren sein, daß die Fälle, in denen jemand bis zum 1. Mai 1961 seine Grunderwerbsteuer nicht bezahlt hat und sie, womöglich im Einvernehmen mit den Behörden, gestundet erhielt — weil man ja eine Entscheidung des Landes herbeigeführt wissen wollte —, nicht als endgültig abgeschlossen gelten, sondern daß auch diese Leute, falls die übrigen vom Finanzministerium bestimmten Voraussetzungen erfüllt sind, in den Genuß der Grunderwerbsteuervergünstigung kommen.

Es geht auch nicht an, daß man nun sagt: Nur Einzelpersonen können eine solche Vergünstigung erhalten. Ich habe da einen Fall eines Holzverarbeitungsbetriebes Marek in Landau im Auge. Dort starb der Alleininhaber. Die Frau stand mit ihren vier Kindern allein da und war auf Grund einer testamentarischen Verfügung genötigt, den Betrieb in Form einer Kommanditgesellschaft weiterzuführen. Dieser Kommanditgesellschaft, die jetzt also aus einer Vertriebenen mit ihren vier Kindern besteht und für die wahrscheinlich alle Voraussetzungen für diesen Grunderwerbsteuererlaß gegeben wären, sagt nun in einem Bescheid vom 26. September 1961 das Finanzamt Landau, daß allein die Existenz einer solchen Gesellschaft, hier der Kommanditgesellschaft, jede Form einer Vergünstigung ausschliesse. — Das war zweifellos nicht der Sinn dieser Richtlinien. Ich glaube, hier wird es nicht besonderer Schwierigkeiten bedürfen, um diese Härte auszumerzen; denn eine Härte wäre es sowohl in diesem Fall wie in einer Reihe ähnlicher Fälle.

Etwas, was bei den bisherigen Aussprachen, wenn ich recht im Bilde bin, heute noch nicht erwähnt wurde, war ein Programm, das uns auch als Gesamtheit außerordentlich berührt, nämlich ein Kapitel, das die Bayerische Krankenhausesellschaft in einem Rundschreiben an uns alle behandelt hat: der **Bettenmangel** in Bayern. In dem Programm, das die Bayerische Staatsregierung zur Behebung der Krankenhausnot in Bayern vorlegte, hat sie bisher auf gewisse Wünsche dieser Krankenhausesellschaft nicht Rücksicht genommen. Aber ich glaube, es wäre unsere Aufgabe, ihr diese Arbeit mit dem Hinweis zu erleichtern, daß es in anderen Ländern Möglichkeiten gegeben hat, vom Lande her nun etwas über die unmittelbare Subvention dieses Krankenhausbettenbaues hinaus zu tun. So hat z. B. Baden-Württemberg einfach einen Zuschuß von 30 vom Hundert zu diesen Bettenbauten geleistet und Nordrhein-Westfalen hat sogar 70 vom Hundert aller für diesen Bettenbau erforderlichen Darlehen von sich aus zinslos gestaltet. Wenn man so etwas auch in Bayern täte, würde das sicherlich unsere gesamten Finanzen, namentlich bei der Frage der Zinssenkung, nicht über-

mäßig berühren. Aber es würde es vielleicht unmöglich machen, daß in der Presse so etwa wie am 20. Oktober in der Zeitschrift „Die Zeit“ — das ist das Blatt jenes Außenseiters der CDU, des Herrn Dr. Bucerius — in Hamburg ein Aufsatz erscheinen kann, der denn doch an den Dingen vorbeigeht. Man kann nicht einfach sagen „im Würgegriff des Steuerstaates“. Wenn wir das betrachten, was wir uns allesamt in mühseliger Zusammenarbeit zu erarbeiten bemühen, dann müßte es doch auch möglich sein, daß eine Presse, die den Dingen verständnisvoll gegenübersteht, solche knallende, effektheischende und dabei unangebrachte Bemerkungen wie „Würgegriff des Steuerstaates“ vermeidet. Hier könnte die CDU jenem Backenstreich, den sie Herrn Dr. Bucerius unlängst sehr deutlich verabreicht haben dürfte, noch einen weiteren in diesem Sinne hinzugesellen. Wir hätten dafür durchaus Verständnis.

Dann noch etwas. Wenn Sie unseren Staatshaushalt betrachten, finden Sie hier immer noch ein krasses Mißverhältnis bei einem Kapitel, bei dem ich bei dem einen oder anderen auf Widerspruch stoße, das ich aber doch sehr genau zu beachten bitte. Das ist das noch immer nicht genügend bekannte **krasse Mißverhältnis zwischen den Leistungen aus der Hauptentschädigung im Lastenausgleich einerseits und den Leistungen an Wiedergutmachung andererseits**. So stehen z. B. 1960 im bayerischen Staatshaushalt über 250 Millionen DM oder vollen 5 Prozent an Ausgaben für die Wiedergutmachung nur ganze 128 Millionen DM an Zuweisungen für den Lastenausgleichsfonds gegenüber, die natürlich keinesfalls für die Hauptentschädigung gedacht sind. Wenn wir dann heute im „Münchner Merkur“ vernehmen, daß in Landshut oder sonst irgendwo in Niederbayern davon gesprochen wurde: Hauptentschädigung aus dem Lastenausgleich bereits perfekt oder schon voll entrichtet, dann ist das ein großer Irrtum; denn nach wie vor stehen wir vor der Tatsache, daß die Hauptentschädigung bis 1979 hinausgezogen werden soll. Ich darf Sie bitten, sich auch dagegen bei jeder Gelegenheit zu wehren. Dort, wo das soziale Gefüge unseres eigenen Vaterlandes auf dem Spiele steht, dürfen wir nicht müde werden, eine vorfristige Erfüllung dieser sowieso völlig ungenügenden und dem Grundsatz der Gleichberechtigung widersprechenden Leistungen zu erwirken. Auch das muß eine Aufgabe sein, mit der sich ein neuer Bundesfinanzminister hoffentlich entsprechend befassen wird.

Ich glaube, daß wir uns im großen gesehen darüber freuen sollten, daß es möglich war, in Bayern nach einer 12- oder 16jährigen Aufbauarbeit einen Staatshaushalt hinzustellen, der im Ausgabeanteil einen Großteil derjenigen, die als Empfänger dieser Ausgaben in Betracht kommen, sicherlich restlos zufriedenstellen wird. Daß, wie gesagt, eine Änderung der Einnahmenseite erforderlich ist und daß wir — um es zwischendurch noch einmal zu sagen — von unserem bayerischen Finanzminister erwarten, daß er auch diese Frage berührt, wie denn etwa die künftige Gestaltung der Ge-

(Dr. Wüllner [GDP])

werbesteuer aussieht, daß es nicht angeht, auf die Dauer nur mehr bloß eine bestimmte Schicht in der Bevölkerung mit der dauernd steigenden Gewerbesteuer zu belasten, sondern daß man auch hier zu einer Neuformung gelangen muß und diese Angelegenheit von ihm behandelt werden möge, ist eines der wichtigen Anliegen.

Zum Schluß noch ein Anliegen, das wohl ein Anliegen der Gesamtbevölkerung ist! Wir würden es begrüßen, wenn auch in dem Lande Bayern, gerade in dem Grenzland Bayern in einem Augenblick, da wir außenpolitisch einer ganz besonderen Drohung ausgesetzt sind, die Bevölkerung das Bewußtsein hätte, daß die Regierung und der Finanzminister in Bonn alle Bestrebungen fördern, die darauf gerichtet sind, dem **Kaufkraftschwund der Mark** entgegenzuwirken. Wenn Sie sich fragen, wie lange denn eigentlich unsere Sparer, unsere Rentner darauf warten sollen, daß ihre immer wieder zusammenschrumpfenden Sparguthaben und Renten in entsprechender Form so aufgewertet werden, daß sie wirklich teilhaben an einem Wirtschaftsaufschwung, daß sie auch etwas verspüren von einem Wirtschaftswunder, dann werden wir den Herrn Finanzminister sehr herzlich darum bitten müssen, daß er mit dieser Frage auch seine Ausführungen beschließt. Das Problem, ob die D-Mark wertbeständig ist oder nicht, ist in einer Zeit, in der wir so zahlreichen und auch über-

höhten Lohnforderungen gegenüberstehen und einen wirklichen Ausgleich nunmehr herbeiführen müssen, zu wichtig, als daß wir an ihm vorbeigehen könnten.

Im großen gesehen, kann man dem Finanzminister nach vier Jahren aber wohl sagen: Man gab ihm vier Jahre Zeit, er hat sie tadellos zum Wohle der Gesamtheit genutzt!

(Beifall bei GDP und CSU)

Präsident Hanauer: Meine Damen und Herren! Damit wollen wir die Rednerliste für heute abbrechen. Es stehen noch an Aussprachezeit zur Verfügung für die Oppositionsparteien 74 Minuten, für die Koalitionsparteien 59 Minuten. Morgen früh um 9 Uhr wird die Aussprache fortgesetzt mit dem Sprecher der Freien Demokratischen Partei, Herrn Abgeordneten Bezold.

Ich habe soeben gehört, daß der Bayerische Rundfunk — Sie sind von heute Nachmittag schon photogenes Verhalten gewohnt — morgen eine kurze Aufnahme für die Abendschau anlässlich unserer 100. Sitzung machen möchte. Vielleicht haben Sie die Liebenswürdigkeit, Ihre Uhr nach der Normaluhr zu stellen, um einigermassen zeitgerecht bei Beginn der Sitzung morgen anwesend zu sein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 7 Minuten)

